

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Post“): Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Stübgen, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstr. 3. — Fernsprechanrufnummern: Inserate 1567, Redaktion 1794, Verlag und Druckerei 961. — Setzungspreisklasse Seite 404.

Abonnementspreis: Vierteljährlich einschl. Zustellung 2,25 Mk., monatlich 80 Pf. — Beim Abholen von der Expedition und den Adressaten 2,00 Mk. — Bei den Postaufkäufern 2,25 Mk. ohne Bestellgeld. — Einzelne Nummern 5 Pf. — In der Provinz 6 Pf. — Die Tagesblätter 15 Pf. — Inserate von außenwärts 25 Pf. im Restanten. Seite 1 Mk. — Postgebühren: Mk. 5,00. — Einmaliger Rabatt kann verweigert werden, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt.

Nr. 32.

Magdeburg, Freitag den 7. Februar 1913.

24. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten und 4 Seiten „Die Post“.

## Reichstag und Preußenwahlrecht.

Am Freitag soll endlich der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Einzelstaaten im Reichstag zur Verhandlung kommen.

Es ist der erste Initiativantrag, der im neuen Reichstag zur Beratung gelangt. Die Sozialdemokratie hat dabei als stärkste Fraktion des Hauses den Vortritt. Es ist nur das Natürliche und Selbstverständliche, daß sie bei dieser Gelegenheit jene ihrer Forderungen zu einem Antrag veränderte, die an der Spitze ihres Aktionsprogramms steht. Die Wünsche der werktätigen Bevölkerung nach einer Verbesserung ihrer Lebenslage können erst dann auf Erfüllung rechnen, wenn der Grundsatz „Alles durch das Volk“ restlos durchgeführt ist. Im Rahmen der Sozialdemokratie ist „Demokratie“ das zweite Wort, aber in ihrer praktischen Politik ist sie das erste. Nur über die Demokratie geht der Weg zum Sozialismus.

Wir besitzen im Deutschen Reich ein Stück Demokratie scheinbar im allgemeinen Reichstagswahlrecht. Aber die Demokratie ist in Deutschland aller Schöpferkraft beraubt durch die überragende Stellung des Bundesrats, der ganz unter dem preussischen Einfluß steht. Darum steht das Initiativrecht des Reichstags in der Gesetzgebung eigentlich auch nur auf dem Papier, und auch darüber kann kein Zweifel sein: Sollte der Reichstag in der Wahlrechtsfrage zu einem positiven Entschluß kommen, so wird dieser zunächst nicht Gesetz werden, weil ihm der Bundesrat die Zustimmung verweigern wird.

Darum ist aber der sozialdemokratische Antrag keineswegs überflüssig. Er ist im Gegenteil dringend notwendig. Denn um das schwierige Problem zu lösen, müssen eben alle Kräfte in Bewegung gesetzt werden. Den Herrschenden in Preußen muß zu Gemüte geführt werden, daß es so wie bisher auf die Dauer nicht geht. Und soll der Reichstag Macht haben, so muß er den Willen zur Macht betätigen. Es stehen die wichtigsten Interessen des Reiches auf dem Spiele. Da hat der Reichstag die Pflicht, das Seine zu tun, um die brennende Frage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, nur, wenn er diese Pflicht erfüllt hat, kann er die Verantwortung für alles Weitere mit gutem Gewissen jenen Faktoren überlassen, die seine Aktion hemmen. Der Reichstag muß aussprechen, was er will. Und wenn er eine wirkliche Volksvertretung ist, muß er aussprechen, was das Volk will.

Bei den Reichstagswahlen von 1912 sind in runden Ziffern abgegeben worden: für die Sozialdemokratie 4 250 000 Stimmen, für die Fortschrittler 1 506 000, für die Polen 454 000 Stimmen. Ebenso wie diese drei Parteien behauptet auch das Zentrum auf dem Boden der Forderung des gleichen Wahlrechts für die Einzelstaaten zu stehen, es hat 1 991 000 Stimmen erhalten. Das wären zusammen rund 8 200 000 von insgesamt 12 200 000 abgegebenen Stimmen, also rund zwei Drittel. Aber auch die 2 Millionen nationalliberalen und antisemitischer Stimmen sind zum mindesten nicht für unbedingte Anhänger des preussischen Dreiklassenwahlrechts abgegeben worden. Diesen können nur die Stimmen der beiden konservativen Gruppen zugezählt werden, es sind 1 179 000, noch nicht ein Zehntel aller abgegebenen Stimmen.

Ueber die Meinung des deutschen Volkes kann nach diesen Wahlergebnissen kein Zweifel bestehen. Jede Regierung, die nur einige Achtung vor dem Willen der Nation hat, hätte sich einem solchen Votum gebeugt. Aber wenn auch ein Bethmann-Sollweg auf den „Stimmzettelhaufen“ einer allgemeinen Abstimmung herabsehen zu dürfen glaubt, so wird man doch von der Volksvertretung Achtung vor dem Volkswillen verlangen müssen.

Jene Parteien, die es darauf anlegten, das Zustandekommen eines positiven Reichstagsbeschlusses zu verhindern, würden sich damit als Helfershelfer der preussischen Reaktion entlarven und vor ihren Wählern wortbrüchig machen.

Das Zentrum aber, die typische Partei des Wortbruchs und des Volkswortbruchs, hat schon einmal einen Wahlrechtsbeschuß des Reichstags verhindert mit der lahmten Ausrede, daß die Regelung der einzelstaatlichen Wahlsysteme nicht zur Kompetenz des Reichstags gehöre. In Wirklichkeit gibt es keine wie immer geartete Materie, die nicht durch ein Gesetz geregelt werden könnte, sofern dieses nur auf ordnungsmäßigem Wege zustande gekommen ist. Das hat seinerzeit schon Windthorst anerkannt. Aber wenn es sich darum handelt, das Volk zu prollen, dann ist die

schwarze Partei um Ausreden nicht verlegen. Im Landtag vermag sie angeblich nichts, da keine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht vorhanden ist, im Reichstag wäre eine solche Mehrheit vorhanden, um sie aber nicht zustande kommen zu lassen, schützt man Kompetenzbedenken vor.

Als es sich vor ein paar Tagen um die antipolnische Enteignungspolitik handelte, wurden von anderer Seite gleichfalls Kompetenzbedenken geltend gemacht, aber das Zentrum hat diese Bedenken damals männlich überwunden, weil es sich um Polen, also um Katholiken, handelte, und weil es ihm obendrein darauf ankam, der Regierung wegen des Jesuitengesetzes einen Streich zu spielen. Wenn das Zentrum will, sind die Kompetenzbedenken ein Zwirnstrang, über den man nicht stolpert; wenn das Zentrum nicht will, sind sie ein unübersteigbare Mauer — und es weicht schon zurück. Sollte dieses Spiel abermals wiederholt werden, so wird hoffentlich wenigstens ein Teil der bisherigen Zentrumsanhänger begreifen, was davon zu halten ist.

Indes mögen es die bürgerlichen Parteien mit sich selber ausmachen, welche Haltung sie der sozialdemokratischen Initiative gegenüber einnehmen wollen. Die Sozialdemokratie tut einfach ihre Pflicht, und wenn die bürgerlichen Parteien ihrer Aktion hindernd in den Weg treten, so mögen sie selber sehen, wie sie dafür vor der Öffentlichkeit die Verantwortung tragen können.

Der sozialdemokratische Wahlrechtsantrag ist ein Marmur an die breiten Massen des Volkes. Neue Militärlasten drohen. Die Sozialdemokratie ruft das Volk auf, sich neue Rechte zu gewinnen. Prüben jagt man, die allgemeine Wehrpflicht stehe nur auf dem Papier, man will sie durch Erhöhung der Heeresstärke erst richtig verwirklichen. Aber der allgemeinen Pflicht, dem Vaterland mit Gut und Blut zu opfern, entspricht das allgemeine Recht, an der Gestaltung der Schicksale des Vaterlandes mitbestimmend teilzunehmen. In Königsberg feiert man das Jahrhundertgedenken jener sogenannten Befreiungskriege, die den Beweis erbrachten, daß das Vaterland nichts ist ohne das Volk und gegen das Volk, daß es nur etwas sein kann durch das Volk und mit dem Volke. Mehr als alle Heeresverstärkungen dient der Sicherheit des Landes die im Bewußtsein des Volkes wurzelnde Ueberzeugung, daß es gegen den auswärtigen Feind seine Freiheit, sein Selbstbestimmungsrecht verteidigt. Möge der Reichstag aussprechen, daß er diese Freiheit, dieses Selbstbestimmungsrecht dem Volke nicht vorenthalten will. Das fordern die Sozialdemokraten von ihm. Die Welt wartet auf seine Antwort.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 6. Februar 1913.

### Die neue Militärvorlage.

In Königsberg in Preußen haben am Mittwoch zur Einleitung der preussischen Jahrhundertfeier offizielle Feierlichkeiten stattgefunden, an denen auch der Kaiser teilgenommen hat. Der preussische König hat dabei zwei Reden gehalten. In der einen kommt folgende Stelle vor:

Wenn sich jetzt eine Verstärkung dieses Fundaments im Rahmen der allgemeinen Wehrpflicht als notwendig erweist, zweifle ich nicht, und darin bestärkt mich der heutige Tag, daß das deutsche Volk zur Uebernahme weiterer persönlicher Opfer nach dem rühmlichen Vorbild unserer Väter freudig bereit sein wird.

In der zweiten Rede finden sich folgende Sätze:

Heute schreiben wir wieder die Jahreszahl 18. Wie glücklich hat sich das Zeitbild gewendet! Vor uns steht der festgefügte Bau des Deutschen Reiches, geachtet im Rate der Völker und wohlgerüstet gegen jeglichen Angriff. In die Stelle der kriegerischen Taten sind gegenseitige Friedenswerke getreten. Handel und Wandel blühen. Kunst, Wissenschaft und Technik schreiten fort. Stadt und Land erfreuen sich des Wohlstandes.

Der erste Satz kündigt die neue Militärvorlage an, der zweite sagt, daß sie überflüssig ist, denn das Deutsche Reich steht „wohlgerüstet gegen jeglichen Angriff“. Und mehr wird von der schlimmeren Wehr doch wohl nicht verlangt, als daß sie das Land wohlgerüstet stellt gegen jeden Angriff.

Aber trotzdem wird sie kommen, die neue Militärvorlage. Die Schwarzen warten schon gierig darauf, um ihre innern Mienen zu legen und mit ihrer Hilfe den agrarischen Zollmucker durchzusetzen. Vielleicht werden sie sich dabei der bequemen Form wegen obendrein noch auf den Königsberger Widerspruch stützen. —

### Preussische Steuerpolitik.

Die Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses erledigte am Mittwoch den Etat der Steuern und Zölle. Es wurde mitgeteilt, daß die Erträgnisse der Einkommensteuer für das kommende Etatsjahr um 26½ Millionen, das sind 4 Prozent, mehr als im Vorjahr veranschlagt sind. Es gibt in Preußen 87 Personen, die ein Einkommen von mehr als einer Million im Jahre haben; ein preussischer Staatsbürger hat ein Einkommen von 18½ Millionen jährlich! Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß von fortschrittlicher und nationalliberaler Seite wieder, aber vergeblich, das Verlangen erhoben wurde, die Landräte aus der Steuererschätzung auszuschalten und durch technisch vorgebildete Beamte zu ersetzen. Dabei wurde mitgeteilt, daß 37½ Prozent aller Steuererklärungen in den Landgemeinden und Gutsbezirken nachträglich haben berichtigt werden müssen. Die Konservativen erklärten aber, daß sie die Landräte nur dort ausschalten wissen wollten, wo sie außerordentlich umfangreiche Geschäfte zu erledigen haben, wie im Westen und in den Industriebezirken. Also die Gutsbesitzer des Ostens fühlen sich bei der jetzigen Veranlagungsmethode durch die Landräte sehr wohl, obgleich der bekannte Erlaß des Finanzministers von 1912 festgesetzt hat, daß das Veranlagungsgeschäft durch die Landräte nicht in entsprechender Weise ausgeübt wurde.

Der Minister wurde gefragt, ob die Regierung die Verabschiedung der Steuernovelle noch vor der Auflösung des Landtags anstrebe, da diese Novelle doch eine gerechtere Besteuerung möglich machen würde. Minister Dr. Henke antwortete, daß er ja das Zustandekommen der Steuerreform wünsche, daß aber eine Verhandlung im Plenum so lange keinen Zweck hätte, als nicht eine Vereinbarung zwischen den Parteien zustande komme. Die Steuerreform ist also begraben.

Auf eine Frage, ob die Stempelabgaben von Erbschaften auch weiter Preußen verbleiben oder nicht vielleicht vom Reich an sich gezogen werden, erklärte der Minister, daß er davon nichts wisse. Er stellte sich überhaupt so, als ob von den ganzen neuen Finanzreformplänen des Reiches noch nichts gehört hätte. Jedensfalls, so erklärte er, könnten diese Pläne aber auf den diesjährigen preussischen Etat noch keinen Einfluß haben. —

### Der Teufel in Tätigkeit.

Ein Verein ehemaliger Realgymnasiasten zu Neukölln (Nixdorf) wollte einen Faschnachtsball arrangieren, und damit die Geschichte einen einheitlichen Rahmen habe, war die Veranstaltung als Walpurgisnacht geplant. In der Einladung wurde auf diesen Charakter des Festes aufmerksam gemacht, und um den Teilnehmern eine Anleitung für die Wahl der Kostüme zu geben, wurde ihnen geraten, daß sie das Neuzere und die Trachten der Menschen annehmen sollten, die mit dem Teufel in Berührung kämen. Als Motive wurden besonders genannt: Bilder aus Grimms Märchen, Nero, Liborius, Hagen, Faust-Mephisto, Dante und so weiter.

Aber die junge Gesellschaft, die dem Teufel ein Schnippchen zu schlagen gedachte, hatte die Rechnung ohne die Leute gemacht, denen der Teufel eine todernste Sache ist. Der Gemeindefürsorge Rat von Neukölln trat zusammen und unterzog die Einladung einer eingehenden Besprechung, deren Resultat eine öffentliche Bekanntmachung war, in der es hieß, daß man den Veranstaltern zwar mildernde Umstände zubilligen könne, da sie sich der Schwere ihres Vergehens wohl nicht bewußt gewesen seien, indessen könne der Gemeindefürsorge Rat nicht umhin,

sein tiefstes Mißfallen und Bedauern über diese Verletzung des christlichen Anstandes von seiten der jugendlichen Kreise unserer Bevölkerung öffentlich zum Ausdruck zu bringen, welche in erster Linie einen gewissen Anspruch auf Bildung und öffentlichen Anstand erwarten lassen müßten. Die Mitglieder des Gemeindefürsorge Rats, insbesondere die Geistlichen der Parochie, lektüre in jähmerzlichem Einbild auf ihre früheren Konfirmanden unter den Vereinsmitgliedern, geben sich hierbei aber der Hoffnung hin, daß diese öffentliche Enttarnung von seiten unserer Kirchengemeindeverwaltung bewirken werde, daß unsere liebe Jugend in Zukunft bestrebt sein wird, ihre Frömmlichkeit in Grenzen zu halten, welche das christliche Gewissen der Öffentlichkeit nicht verletzen und beunruhigen.

Damit ist der Teufel in Neukölln wieder in seine alten Ehren eingesezt und die Veranstalter der Walpurgisnacht in dem Berliner Borort werden daran denken, wie sich vor hundert Jahren in ihrer Nachbarschaft die höllischen Mächte der Aufklärung auch widersezt haben. Zu dem klassischen Vorbild der Neuköllner Walpurgisnacht erwähnt der Profophtasmiist diesen Fall:

Das Teufelspaß, es fragt nach keiner Regel.

Wir sind so Aug, und dennoch spukt's in Zegel.

Während so in Neukölln dem Teufel wieder einmal zu dem nötigen Respekt verholfen wurde, ist man ihm in

Charlottenburg mit Geschick zu Leibe gegangen. Bekanntlich hat sich der Hofe da hinter den Pfarrer Kraak versteckt, und es war vor Jahr und Tag nur einem Leutnant und einem Hauptmann zu verdanken, daß er nicht die Herzen der Militärsoldaten betörte. Die liehen die Mustere, deren Seelenheil ihnen anvertraut war, die Kirche räumen, als Weelgebub den Pfarrer Kraak bestimmte, sich über den Fall Sathe anders auszusprechen, als es dem Oberkirchenrat genehm war. Selbiger Kraak ist aber leider noch immer im Amt und, was schlimmer ist, er wollte am Geburtstag des Kaisers den in der Kaiserkirche üblichen Spezialgottesdienst für die Beamten (Schulleute, Feuerwehrleute usw.) halten. Aber siehe da, als er die Kirche zur festgesetzten Stunde betritt, ist sie leer. Der Polizeipräsident von Charlottenburg hatte rechtzeitig Nachricht von der ungeheuren Gefahr erhalten, die den Schulleuten und Feuerwehrleuten drohte. Die Beamten wurden in eine andre Kirche kommandiert, und der Teufel hatte das Nachsehen. —

### Gewissenszwang gegen Dissidentenkinder.

Nach längern Debatten, die mehrere Sitzungen ausgefüllt hatten, kam die Unterrichts-Kommission des Dreiklassenhauses am Mittwoch zur Beschlußfassung über den nationalliberalen Antrag, der einen Zwang auf Dissidentenkinder, am Religionsunterricht teilzunehmen, gesetzlich auszuschließen wollte.

Unsre Genossen hatten dazu den Antrag gestellt, diesen Ausschluß nicht nur für die Volksschule einzuführen, sondern ihn auch auf die höheren Schulen auszudehnen. Zunächst wurde der sozialdemokratische Antrag mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt. Dann fiel ein freikonserverativer Antrag, der die Befreiung vom Religionsunterricht abhängig machen wollte von dem Vorhandensein eines angemessenen Ersatzunterrichts, und schließlich wurde der von den nationalliberalen Kommissionsmitgliedern umgemodelte Antrag mit 10 gegen 10 Stimmen abgelehnt. —

### Schulenburg.

Im Kreise der edeln und hochadeln Herren im preussischen Herrenhaus — woanders ist es nicht mehr möglich — sprach der Fideikommißbesitzer Graf von der Schulenburg-Grünthal, der aus einem Grafenverband auf Lebenszeit ins Herrenhaus berufen wurde. Man höre nur:

Fleischmangel? Es gibt denn überhaupt ein Fleischmangel? Ich muß sagen, ich habe noch nichts davon bemerkt. Früher war die Arbeiterfrau mit Kochfleisch zufrieden, heute geht's nicht mehr unter Karbonade. Schuld an der allgemeinen Teuerung ist die Steigerung der Löhne!

Graf von der Schulenburg ist Fideikommißbesitzer und Schnapsbrenner. Unter einem Fideikommiß wird ein Vermögensbesitz verstanden, welcher durch private Willenserklärung des Stifters für ewig unüberäußerlich erklärt wird. Der Fideikommiß gestattet dem jeweiligen Inhaber den vollen Genuß des überkommenen Erbes. In der Begründung des letzten preussischen Fideikommißgesetzes heißt es: „Die Errichtung eines Fideikommißes bezweckt die Erhaltung des Glanzes, das heißt der besonderen hervorragenden Stellung einer Familie und damit ihrer Bevorzugung vor andern Familien.“

In Artikel 4 der preussischen Verfassung steht allerdings: „Alle Preußen sind vor dem Gesetz gleich; Standesvorrechte finden nicht statt!“

Die preussischen Fideikommiße — die nach der preussischen Verfassung nicht stattfinden dürfen! — sind ein Adelsrecht, das dem Bürgerlichen Gesetz und dem allgemein gültigen Erbrecht entgegensteht. Dem bürgerlichen Rechte, der Gesetzesordnung des Volkes, wird der Stempel des Proletenrechts aufgedrückt; gegenübergestellt wird das feudale, hohe und eigne Recht des Adels!

Die Grafen von der Schulenburg und wie sie sonst alle heißen, die Fideikommißbesitzer, stehen außerhalb der bürgerlichen Gesetze des Volkes. Frankreich stürzte dieses Feudalrecht schon 1792, Preußen stürzte diese Festung feudalen Klassenunterschieds im Frühjahrsjahr 1849. Die reaktionäre Landtagskammer von 1852 führte das feudale Fideikommißrecht wieder ein. In Oldenburg und Schaß-Lohrungen haben wir die einzigen deutschen Lande, in denen es kein Feudalrecht gibt.

Ein Fideikommißbesitzer des preussischen Herrenhauses ist es ausgerechnet, der davon zu sprechen wagt, daß er nichts von der Fleischnot gemerkt habe. Ein Junker, der ohne Verdienst, nur weil er der älteste Sohn der Familie ist, ein ganzes Fideikommißvermögen erbt; ein Junker, der als Fideikommißbesitzer für seine Schulden nur aus den Einkünften des Fideikommißes zu haften braucht; ein Junker, der immer ein jüngerer reicher Mann bleibt; ein Junker, für dessen Schulden nicht einmal seine Erben aufzukommen brauchen — alles frist das Feudalrecht! — jähler Mann kann es sich erlauben, davon zu sprechen, daß er nie etwas von Fleischnot merke. Ohne idyllischen Protekt können heute solche Worte aber doch nur noch im preussischen Herrenhaus, der Kammer der Standesherren, Fürsten, Grafen und Fideikommißbesitzer, ausgesprochen werden!

Das Volk wird sich jäh Klagen holen zu merken wissen! So wie hier Graf von der Schulenburg-Grünthal und alle die Herren, die sich anmaßen, auf Grund eines Feudalrechts dem arbeitenden Volke Zwang zu thun, sind die preussischen Junker!

Das Volk hungert, leidet bis in die nachkommenden Geschlechter untagbar unter der Fleischnot, die Junker wandern, und die Fideikommißherren können. Jeder denkende Arbeiter möge dafür sorgen, daß dieser reaktionäre Wind bis in die künftigen Winkel als Sack dringe, Sturm wird die Grute sein. —

### Wenn Studenten rebellieren . . .

In Würzburg liegt die folgende Meldung vor: Infolge Beschränkung der Feierabendstunden demonstrierten Hunderte von Studenten mehrere Stunden in der Nacht auf dem Marktplatz. Ein Polizeiangebot war machtlos. Die verhafteten Studenten wurden von ihren Kommilitonen immer wieder befreit. Das Nachrichten-

im Rathaus wurde demalziert und zum Schluß wurde ein Umzug durch die Stadt veranstaltet.“

Man sieht, unsre akademische Jugend hat noch Ideale. Wenn ihr nicht gestattet wird, sich über eine bestimmte Stunde hinaus zu befeigen, so mag sie das Neueste und Scheitlich nicht vor einer kleinen Revolte zurück. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß die Gerichte diesen Idealismus der Studenten respektieren und die Nebeltäter nicht etwa nach dem Maße messen werden, der an Arbeiter angelegt wird, wenn sie bei Demonstrationen für das Wahlrecht oder gegen den Fleischwucher mit der Schutzmannschaft in Konflikt kommen. —

## Der Balkankrieg.

### Zwischen Fordern und Gewähren.

Um Adrianopel donnern die Belagerungsgeschütze; Schrapnells werden in die Stadt geschleudert, einige 50 Häuser gerieten in Brand, acht Einwohner wurden getötet, mehr als acht verletzt. Das Bombardement geht weiter. Auf der Halbinsel Gallipoli wird gekämpft. Mit welchem Erfolg oder Mißerfolg ist nirgends anzudeuten.

An der langen Tschataldschalinie herrscht Ruhe. Weber die Bulgaren noch die Türken verlassen ihre Gräben und Verhaue.

Das ist der Kriegsbericht des letzten Tages. Das Gerücht vom Fall Skutaris ist dabei nicht erwähnt, denn es ist ein Gerücht und nicht glaubhaft. Je mehr Schüsse vor Adrianopel abgegeben werden, um so höher schwellen die bulgarischen Forderungen. Schon sind sie mit dem Besitz von Adrianopel nicht mehr zufrieden; wenn man den großsprecherischen Reden ihrer diplomatischen Vertreter glauben will, wollen sie jetzt eine neue Grenze von Midia nach Rodosto ziehen, das heißt bis 180 Kilometer östlich von Adrianopel gehen. Den Türken soll auf europäischem Boden nur noch die Stadt Konstantinopel und die Halbinsel Gallipoli verbleiben. Bulgarien würde also bis zum Marmarameer vordringen, wodurch dann der Besitz der Stadt Konstantinopel stets von der Gnade der Bulgaren abhängig wäre.

Das sind große Reden, denen das Kommando nicht entsprechen wird. Bei der endgültigen Regelung werden auch die Bulgaren Wasser in ihren Wein gießen müssen. Denn wenn sie die Meinung hegen, der schnelle Fall Adrianopels, wie sie ihn bestimmt erwarten, würde die Türkei zum Friedensschluß bereit machen, so könnte doch wohl dieser Friedensschluß nicht gut Bedingungen enthalten, die in ihrer Bedeutung so weit hinausgehen über den Besitz der Festung Adrianopel. Ein Vertrag mit der Erfüllung der äußersten Wünsche der Bulgaren müßte an der Tschataldschalinie erzwungen werden. Und gerade dort sind auch die Bulgaren sehr ruhig und bescheiden, und sie wissen warum.

Ruhig und bescheiden sind auch die Großmächte geworden. Je mehr Schrapnells in die Adrianopler Forts geworfen werden, um so weniger Worte werden zwischen den Mächten gewechselt. Man darf ja erwarten, daß vorläufig ihre „Einigkeit“, soweit sie überhaupt besteht, nicht zerrissen werden wird und eine Sonderaktion nicht zu befürchten steht. Indes ist eine Wirkung ihrer Friedensmahnungen weder in Konstantinopel noch in Sofia sichtbar. Interesse erregt dagegen die Ueberreichung eines Handschreibens des österreichischen Kaisers an den Zaren. Mit ihr im Zusammenhang taucht das Gerücht auf, es sei möglich, daß sich als nächste Folge die Rückgängigmachung der getroffenen „Vorrichtungsmaßregeln“ ergeben könnte. Sogar ein Datum, nämlich der 10. Februar, wird für die Demobilisierung angegeben.

Es ist schwer zu sagen, ob diese Gerüchte irgendeine Grundlage haben, oder ob sie nur der Widerschein sind der allgemeinen Ueberzeugung, daß die sogenannten „Vorrichtungsmaßregeln“ bei der Gestalt, die die Dinge jetzt angenommen haben, zwar noch ebenso kostspielig, aber noch übersüssiger sind als früher.

Derweil brüllen die Kanonen um Adrianopel weiter. Tod und Verderben wird in die Stadt gespielt, die Körper Behälter werden zerrissen und zerstückt, die Heimstätten friedlicher Menschen brennen reihenweise nieder. Wir leben im Jahrhundert der Kultur und Gefühnung.

### Kriegsbestien.

Die Kämpfe zwischen Serben und Albanern in Nordalbanien dauern fort. Auch die Serben scheitern, gleichwie vor ihnen die Türken, an der Aufgabe, die Albaner zu unterwerfen. Dabei gehen aber die Serben mit der größten Grausamkeit und Roheit vor. In der Gegend von Dibra z. B. wurden nicht weniger als 42 Albanerdörfer von ihnen niedergebrannt. Die fliehenden Frauen und Kinder wurden von den Serben, soweit diese ihrer habhaft werden konnten, zurückgeschleppt und in die brennenden Gehölze geschleudert. In Friesland drangen etwa 30 bewaffnete Serben, darunter einige Soldaten, in das Haus des albanischen Notabeln Gaudi-Stendi ein, verlangten von ihm die Schlüssel seiner Kasse, brachten ihm, als er die Auslieferung verweigerte, drei Bajonettschüsse bei, raubten dann die Schlüssel und bemächtigten sich der Barschaft, die etwa 200 türkische Pfund betrug. Diese wie alle andern Nordalbaner und Raubtaten der Serben sind den Konstantin wohlbekannt, es geschieht aber nichts, um den entsetzlichen Zuständen ein Ende zu machen.

Ueber das Morden der Bulgaren erhält die Zeitschrift „Christliche Welt“ folgenden Bericht: In Debeagatsch hat es letzten einen Streit zwischen der bulgarischen Behörde und dem österreichischen Konsul gegeben. Die Bulgaren verlangten Durchsicht sämtlicher Postkassen, sogar der Konsulatsposten. Es sind dort militärische Geheimmittel kaum mehr zu verraten. Aber die Bulgaren haben gute Gründe, Nachrichten aus dem von ihnen besetzten Gebiet möglichst zurückzubehalten. Die Achtung, die man den Erfolgen bulgarischer Waffen zollt, würde dem Abstreifen Platz machen über

die Greuel, mit denen dieses Volk seinen Namen als christliches und zivilisiertes besudelt hat. Durch die Zeitungen ging kürzlich die Nachricht, daß die Türken bei den Darstellungen ein Massaker unter den Griechen vollführt hätten. Man soll sie nicht entschuldigen; aber man wird sie milde beurteilen, wenn man erfährt, was Thrazien und Mazedonien an Massakern durch bulgarische Banden gesehen hat. Vor 30 oder 40 Jahren würde ein Sturm der Entrüstung durch ganz Europa gegangen sein. Jetzt scheint auch in dem christlichen England jedes Mitgefühl abgestumpft zu sein.

In jenem Debeagatsch lagen 600 bis 700 Mann türkischer Soldaten. Da drangen 107 bulgarische Komitatstschiben in die Stadt. Sie wußten den Schein der Uebermacht zu erwecken, und die türkischen Soldaten räumten das Feld. 200 Frauen und Kinder flüchteten in eine Moschee und wurden dort in die Luft gesprengt. Alles was Türke war, wurde niedergemacht, und auf den Straßen zählte man nachher 400 Leichen. Noch fürchterlicheres hat der Bezirk Noret Gijfar erlebt. In dem Dorfe Tschinar wurde die Moschee mit mehreren hundert Personen, die man dort zusammengetrieben hatte, verbrannt. 60 Männer wurden massakriert. Dasselbe tat man in dem Dorfe Kurkut. Man verbrannte hier einen Teil der Bevölkerung, und nur 50 hübsche Türkenmädchen hielt man zurück. In Birlan massakrierte man nur 18 Personen, ließ dann Frauen und Männer auf dem Markte zusammenkommen und stellte ihnen die Wahl, durch Bomben zu sterben oder Christen zu werden. Verschiedene Dörfer weigerten sich, das Christentum anzunehmen. Da ließ man ihnen vier Tage Frist, dann sollten sie massakriert werden. Doch ist über ihr Schicksal noch nichts bekannt.

Kürzlich wagten zwei Damen, eine Engländerin und eine Griechin, eine Reise ins Innere, ins Gebiet von Gumendje. Sie kamen auch nach dem Dorfe Woinika, eine halbe Stunde von der Bahnstation Gümendje. Am Beiramtage sind dort bulgarische Truppen und Komitatstschiben eingerückt. Wie so oft, mußten sich die Mohammedaner zuerst in der Moschee versammeln, 19 von ihnen wurden zusammengebunden, nach dem Wardarfluß geführt und teils erschossen, teils mit Messern grausam hingegerichtet. Dann wurde das Dorf unter Mitwirkung der Soldaten ausgeraubt und den Einwohnern alles genommen, Getreide, Vieh, Hausgeräte. Die Mädchen bis zu 9 Jahren herunter wurden geschändet und noch 26 Türken erschlagen, darunter allerdings fünf oder sechs, die sich früher ihrerseits durch Grausamkeit und Niedertracht gegen die Bulgaren hervorgetan hatten. Als die beiden Damen kamen, sahen die Frauen in einem Hause, in ihre Läden gehüllt, hungernd, ein Bild des Elends.

Es ist, als sei man um Jahrhunderte zurückversetzt, wenn man von dem Treiben der bulgarischen Banden hört und es scheint nichts zu sein, dessen sich das Volksgewissen schämt. Als man zwei bulgarischen Soldaten, die in Hospital lagen, von dem Treiben ihrer Landsleute erzählte, leuchteten ihre Augen freudig auf, und ein bulgarischer Offizier erwiderte, als man ihm sagte, ihr tötet die Türken aus: „Freilich tun wir's!“

Wie lautet die verlogene Phrase der Kriegsbeher und Patrioten? „Der Krieg erzieht zur Mannhaftigkeit und zum Edelstinn, er weckt alle Tugenden bis zur Selbstopferung.“ —

### Letzte Meldungen.

Wb. Wien, 6. Februar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Sofia: Das Bombardement von Adrianopel dauerte die ganze Nacht in allen Richtungen des Belagerungsgürtels. Die Bulgaren nahmen das Dorf Pamukli, wo die Festungstruppen einen Aufschlag versuchten, aber sich in die Festung zurückziehen mußten. An die Kanonade erwiderten einige Forts gar nicht, andre setzten ober resultatlos. In Mustapha Pascha sieht man den Brand in Adrianopel. Gestern nacht rückte die erste Linie der Bulgaren in Gallipoli vor und nahm einige minder wichtige türkische Positionen. Bei Tschataldschalinie herrscht Ruhe.

Wb. Konstantinopel, 6. Februar. Gestern entspann sich zwischen zwei bulgarischen Regimentern und türkischen Truppen bei Kavakitepe auf der Halbinsel Gallipoli ein Kampf, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist. — Das türkische Kanonenboot Johaf hat die bulgarischen Stellungen bei Myrisito am Marmarameer bombardiert. —

Wb. London, 6. Februar. Die türkischen Delegierten in London sind gestern mit Ausnahme Reichid-Paschas, der bis auf weiteres in London bleiben wird, abgereist. Osman-Nigami-Pascha, der türkische Botschafter in Berlin, wird am Freitag dort wieder eintreffen.

Wb. Paris, 6. Februar. Nach einer Meldung des „Matin“ aus Philippopol haben sich die Bulgaren infolge eines Nachtaugens auf Adrianopel eines nordwestlich von Arnautköi gelegenen Forts bemächtigt. 800 türkische Soldaten und mehrere Offiziere seien gefangen genommen worden. In verschiedenen Vierteln von Adrianopel wurden durch das Bombardement, das von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends dauerte, Brände verursacht. Zwei bulgarische Aeroplane unternahmen wiederholt Flüge über Adrianopel. —

Wb. Sofia, 6. Februar. (Meldung der Agenten Bulgare.) Die türkische Armee vor Gallipoli ist gestern von den Bulgaren südlich von dem Flusse Kavak geschlagen worden. Sie zog sich, von den Bulgaren verfolgt, in großer Unordnung auf Sulair zurück. Durch diesen Erfolg ist fast die ganze Küste des Marmarameers bis Sulair in den Händen der Bulgaren. —

Wb. London, 6. Februar. Der „Daily Telegraph“ schilbert heute in einem längeren Telegramm seines Konstantinopler Spezialberichterstatters die große Not, in der sich die Türken befinden. Der größte Teil des türkischen Volkes sieht der Fortsetzung des Kampfes feindlich gegenüber und wünscht nichts sehnlicher als eine baldige Beendigung der Feindseligkeiten. Der Großvezir selbst erklärte den Korrespondenten, daß es bei der jetzigen

Jahreszeit unmöglich wäre, einen ausichtsreichen Feldzug zu führen. Die beiden Armeen, die sich bei Schataltscha gegenüberstehen, sind durch ein Meer von Schanzen und Schmutz voneinander getrennt, in dem es unmöglich ist, die Artillerie vorwärts zu bekommen. Die Lage der Türkei ist in jeder Hinsicht, moralisch wie finanziell, vollkommen hoffnungslos.

**Ab. Konstantinopel, 6. Februar.** Bulgariſche Truppenabteilungen haben die Ortschaft Izmedinfi sowie einige andre in ihrer Gewalt befindliche Dörfer an der Schataltscha-Linie in Brand geſteckt und ſind darauf von der Schataltscha-Linie wieder abgezogen. Auf Refugioſierung ausgeſandte türkiſche Abteilungen fanden vom Feinde keine Spur.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 6. Februar 1913.

**Magdeburger Seefischmärkte** werden abgehalten: Freitag den 7. d. M., vormittags, und Sonnabend den 8. d. M., nachmittags, in der Neuen Neustadt, in der Sudenburg und in Budou sowie Sonnabend vormittags auf dem Wochenmarkt in der Altstadt. Verkauf werden: Kabeljau zu 20, Rotzungen zu 22, Seelachs zu 24, Amurshahn, Seesorelle, Goldbarsch und Seel zu 25, Seelarpfen zu 30 und Seehecht zu 35 Pfg. das Pfund.

**Ausnahmetage im Handelsgewerbe.** Der Polizeipräsident erläßt folgende Bekanntmachung: Auf Grund der §§ 139a und f der Gewerbe-Ordnung wird geſtattet, daß die offenen Verkaufsstellen, also auch die von dem Nachbargeladenſchlößel betroffenen, in Magdeburg für den geſchäftlichen Verkehr im Jahre 1913 an folgenden Tagen bis 10 Uhr abends geöffnet ſein dürfen: 1. Die offenen Verkaufsstellen der Buchhändler: am 14. und 15. März, 9. bis 13., 15. bis 20., 22. und 23. Dezember. 2. Die offenen Verkaufsstellen der Spielwarenhandl.: am 6., 8. bis 13., 15. bis 20., 22. und 23. Dezember. 3. Die offenen Verkaufsstellen der Fuhrwerke und Uhrmacher: am 13. bis 15., 22. März, 10. Mai, 12., 13., 15. bis 20., 22. und 23. Dezember. 4. Die offenen Verkaufsstellen der Blumenhändler: am 1., 3., 4., 15., 22. und 29. März, 10. Mai, 20. bis 22. November, 19., 20., 22., 23. und 31. Dezember. 5. Alle übrigen offenen Verkaufsstellen: am 15., 20., und 22. März, 10. Mai, 12., 13., 15. bis 20., 22., 23. und 31. Dezember. Auf Grund des § 139d der Gewerbeordnung wird ferner geſtattet, daß die den Geſellen, Lehrlingen und Arbeitern in offenen Verkaufsstellen und den dazu gehörigen Schreibstuben und Lagerzimmern nach Beendigung der täglichen Arbeitszeit zuzustehende ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 11 Stunden zwischen den vorgenannten und den unmittelbar folgenden Tagen ausgeſetzt werden kann.

**Streik der Fensterputzer bei der Firma Zemlin u. Ko.** Am 28. Januar traten die bei obiger Firma beſchäftigten Fensterputzer in eine Lohnbewegung ein. Der Firma wurden die Wünsche der Putzer in bezug auf eine Regelung der Lohns und Arbeitsbedingungen in Form eines Tarifvertrags unterbreitet. Es fanden Verhandlungen mit der Firma ſtatt, worauf ſich die Firma bereit erklärte, jedem Putzer eine Lohnzulage von 1 Mark zu gewähren. Die Putzer nahmen auch das Angebot der Firma an. Schon ehe die Lohnforderung der Firma unterbreitet wurde, war einem Verbandsmitglied gekündigt worden. Durch die mit der Firma gepflogenen Verhandlungen wurde die Kündigung wieder rückgängig gemacht. Jetzt nun, nachdem für die Putzer die Lohnbewegung beendet war, wurde von der Firma wieder drei Verbandsmitglieder, angeblich wegen Arbeitsmangels (!), gekündigt. Auf Grund dieser Maßregelung legten heute früh von 13 Putzern zehn die Arbeit nieder. Eine mit der Firma verſuchte Verhandlung verlief reſultatlos.

**Einige über die Zeit der Aussaat der Bohnen.** In unſerem „Arbeitskalender für Gartenfreunde“ (Februar) ſchreiben wir an, daß man in geſchützten Gärten und warmen Böden bereits Ende Februar verschiedene Gemüſe, unter andern auch Bohnen, ausſäen könne. Da wir nun verschiedene Sorten Bohnen, wie Puſſ- oder Große Bohnen, Stangenbohnen und Buſch- oder Kriſpbohnen, unterſcheiden, ſo wollen wir ausdrücklich darauf aufmerkſam machen, daß, wenn im fraglichen Arbeitskalender von Ausſäen der Bohnen die Rede iſt, nur die Puſſbohne gemeint iſt. Die Stangen- und Buſchbohnen ſind gegen kalte und rauhe Witterung ſehr empfindlich und erſcheinen, ſobald das Thermometer unter Null ſinkt. Ihre Entwicklungszeit kann demnach also nur in die Monate ſollen, die frei von Nachfröſten ſind. Bis Mitte Mai müſſen wir aber mit kalten Nächten rechnen; es darf daher die Aussaat unter gewöhnlichen Verhältniſſen nicht vor Anfang Mai erfolgen. Lieber etwas ſpäter als früher. Mag auch kein Froſt eintreten, ſo ſchadet doch ſchon eine länger anhaltende nachts Witterung: die Bohnen gehen entweder gar nicht auf oder kommen recht kümmerlich; auch zeigen die Stengel ſchlechte Stellen, die von Pilzen herrühren, wie auch das Erdungeziefer Zeit genug findet, die Saatbohnen zu vernichten. Iſt das Wetter jedoch günſtig und warm, ſo laufen die Bohnen reich und kräftig, es bilden ſich die wertvollen großen Keimblätter vollkommen und üppig aus und der Erfolg iſt geſichert. Damit ſoll nun aber nicht geſagt werden, daß ſpäte Aussaaten überhaupt nicht gemacht werden ſollen. Wer einen geſchützten Garten mit durchläſſigen, warmen Böden beſitzt und Salatbohnen für den Markt zieht, oder Bohnenſalat gern iſt, dem iſt zu empfehlen, von den Kriſpbohnen bereits in der letzten Hälfte des April eine Aussaat zu machen, denn die erſten Salatbohnen werden auf dem Markt zu ſehr hohen Preiſen abgeſetzt. Schreiber dieſes macht bereits jahrelang in den Tagen vom 18. bis 24. April die erſten Aussaaten von Kriſpbohnen, und zwar bis jetzt mit beſtem Erfolg. Dabei liegt der Garten nicht einmal geſchützt, ſondern frei zwiſchen den übrigen Schrebergärten; der Boden iſt freilich ein warmer Sandboden. Bedingung iſt bei der frühen Aussaat, daß die Willen in die die Bohnen gelegt werden ſollen, etwas tiefer ausgezogen und mit nahrhafter Kompoſte gefüllt und in die: die Bohnen gelegt werden. Auch iſt nur ein altes, gutes, in guter Frucht ſtehendes Beet zu verwenden. Doch iſt eine Gabe künstlichen Düngers direkt vor der Aussaat zu geben, und zwar pro Quadratmeter 30 Gramm Superphosphat, 25 Gramm 40prozentiges Kaiſerſalz und 10 Gramm Chliſalpete. Iſt ein Nachfroſt im Anzug, ſo ſind die Reihen, auch wenn die Bohnen noch nicht aus der Erde ſind, mit Säen oder dergleichen zu decken. Schreiber dieſes verwendet zum Decken etwa 20 Zentimeter breite Bretter, die dachförmig (A) ſammengeſtellt ſind. Dieſe werden von ihm auch zum Decken der frühen Erben und Puſſbohnen verwendet und haben ſich bei ihm als beſte Schutzdecke bewährt. D. B.

**Durch den Stiefvater in den Tod getrieben.** Ueber die Urſachen des Selbſtmordes der Verkäuferin Margarete K., die ſich am Montag mittag in einem Geſchäft in der Lübecker Straße an einer Türſchwelle erhängte, kürzeren Bericht in der Neuſtadt die verſchiedenen Verſuche. Nachdem am Dienſtag die Verhaftung des Stiefvaters der Verstorbenen, des Arbeiters Dominik W., erfolgt, ſcheint hinterſchleier über die Urſache des Selbſtmordes geſchleiert. In einem hinterſchleier Schreiben der Verstorbenen wird nämlich der Stiefvater beſchuldigt, an ſeiner Stieftochter ſeit deren 8. Lebensjahr ſich fortgeſetzt ſittlich vergangen zu haben. Der Verſchleierte ſoll bereits ein Geſtändnis abgelegt haben.

**Von der Elbe.** Nachdem am Mittwoch von Auſſig nicht weniger als 908 Zentimeter Waſſer gemeldet wurden, ſind heute von den oberen Fläſſen weitere 282 Zentimeter in Auſſig geſteht. Demnach wird der Waſſerſtand in Magdeburg in einigen Tagen am Pegel eine Höhe von 3 Meter und darüber erreichen. Bis zum Donnerſtag mittag war von der hydrographiſchen Landesabteilung in Prag über die zu erwartenden Höchſtwände nach hier keine Mitteilung eingetroffen. Zurzeit iſt die Elbe bei Magdeburg bei einem Waſſerſtand von + 2,05 Meter vollſtändig.

**Unfälle.** Durch eine fallende Drahtklinge ſag ſich der Arbeiter Bauſt. B. B., wohnhaft in der Alleeſtraße 11, am Mittwoch abend eine große Wunde auf dem linken Fuße zu. Die Verletzung wurde nach ſeiner Wohnung geſchickt. Am Mittwoch abend um 9/10 Uhr wurde der Kaufmann Theodor S. S. in der „Kriſtall-Paſſat“ plötzl. von einem Unwohlsein befallen und ſank zuſammen. Da kein Arzt herbeigeſchickt werden konnte, mußte die Sanitätskolonne der Feuerwehr in Funktion treten, die den Erkrankten nach ſeiner Wohnung brachte.

**Schneller Tod.** Der Arbeiter Karl H. H. wohnhaft Georgenſtraße 10, brach auf dem Gillerbahnhofs Bahnhofsſtraße am Mittwoch nachmittag infolge eines Herzſchlags plötzl. zuſammen. Da nach wenigen Minuten der Tod eintrat, konnte der herbeigerufene Krankentransportwagen der Feuerwehr die Beförderung nicht übernehmen.

**Gestohlen** wurden aus einem Verkaufsraum in der Wallſtraße ein Blechfaß mit 25 vollen und 5 leeren Bierſchlägen der Aktien-Brauerei Neuſtadt und eine blaue Schürze; aus einem Stalle an der Harſdorfer Straße 7 Kanarienvogel und 6 Tauben; vom Hofe des Grundstücks Georgenſtraße 6 ein Fahrrad „Parade“ mit grünem Rahmen, Freilauf, nach oben gebogener Lenkſtange und einem Firmenſchild „C. Schulz, Georgenſtraße 6, Fernſprecher 1488“.

**In Haft genommen** wurde der Arbeiter Walter B. von hier wegen Verbrechen aus § 176 Nr. 3 des Strafgeſetzbuchs.

**Von der Feuerwehr.** Auf eine Feuermeldung vom Melber Jakobſtraße 8 rückte am Mittwoch abend Löſchzug 1 nach Jakobſtraße 42. In einem partiere gelegenen Zimmer waren durch Ueberheizen des Ofens die Tapeten in Brand geraten. Eine Gefahr lag nicht vor. Am Donnerſtag mittag um 12 Uhr wurde der Löſchzug 1 nach Kaiſer-Wilhelm-Platz 3 gerufen. Dort war in einem partiere gelegenen Laboratorium durch eine Gaslampe ein Kleidungsstück in Brand geraten und hierdurch wiederum Packmaterial und Bohne entzündet worden. Die Flammen konnten ſchnell erſtickt werden.

**Wem gehört der Schirm?** Am 4. Februar iſt im Arbeiterſekretariat ein Damenschirm und ein Taſchentuch zurückgelassen worden. Die Eigentümerin wird um Abholung erſucht.

## Konzerte, Theater, Sport u.

(Mitteilungen der Direktoren.)

**Städtiſche Konzerte.** Für das Stadttheaterkonzert Nr. 3 B, welches Mittwoch den 12. Februar unter Leitung von Profeſſor Brug-Walſche ſtattfindet, iſt als Soliſt Herr Profeſſor Emil Sauer aus Wien gewonnen worden. Der bewährte, schon vor Jahren in allen Konzerten mit Vegetation geſiehrte Künstler wird das Klavierkonzert in G-Moll von Chopin mit Orchesterbegleitung spielen und außerdem noch verschiedene Klavierſoloküſte: Präludium von Mendelssohn, Liebesſtraum von Liszt und Toccata von St. Saens zum Vortrag bringen, und dadurch große Meißerſchaft aufs neue dokumentieren. Das auch in dieſem Konzert in den Streichinstrumenten erſichtlich verſtärkte ſtädtiſche Orchester wird als Hauptwerk des Abends Robert Schumanns poſſible D-Moll-Sinfonie zu Gehör bringen. Der Schlußteil des Konzerts iſt Richard Wagner gewidmet, deſſen 30-jährigen Todestag (13. Februar) durch Aufnahme des „Siegfriedidylls“ und der Trauermuſik auf den Tod Siegfrieds aus dem Muſikdrama „Die Götterdämmerung“ pietätvoll gedacht werden ſoll.

**Stadttheater.** Am Freitag „Andine“, Sonnabend „Zar und Zimmermann“; zu beiden Vorſtellungen haben Schülerſtarten Gültigkeit. „Romeo und Julia“, das intereſſante und packende Schauspiel von Shakespeare, wird Sonntag nachmittag zu bedeutend ermäßigten Preiſen gegeben, und abends findet eine Wiederholung von „Ruhreigen“, muſikaliſches Schauspiel in 3 Aufzügen von Kienzel ſtatt. Herr Kammerſänger Herold wird voraussichtlich an den bereits bekannt gegebenen Daten in „Carmen“ und „Bohngren“ aufzutreten, über die dritte Gaſtſpiel-Oper, in welcher Herr Herold ſingen wird, ſchweben die Verhandlungen noch. Für Ende d. M. wird eine neue Kompoſition des in Magdeburg beſtandenen Komponiſten Herrn Müller von der Oder „Jung Joſef“ vorbereitet.

**Wilhelm-Theater.** Um vielfachen an die Direktion gerichteten Wüſchen zu entsprechen, ſoll die erfolgreiche Operette „Der ſilva Domino“ ins Repertoire wieder aufgenommen werden. Die nächste Wiederholung iſt übernächſte Woche.

**Rezitationsabend.** Am 20. d. M. wird ſich Elſabeth Nothſteder (eine junge Magdeburgerin und Schülerin des ſgl. Hoſſſchulſpielerſ Hans Mühlhofer) dem Magdeburger Publikum im großen Saale des Stadtmiſſionshauſes als Rezitatörin vorſtellen. Die Vorträge erſparen eine abwechslungsreiche Unterbrechung durch die Mitwirkung der hieſigen geſchätzten Konzertsängerin Frä. Lucie Brandt. Die Begleitung liegt in den Händen des Kapellmeiſters Frey Müller v. d. Oder. Der Billeterverkauf hat die Firma Heinrichsſofen übernommen.

## Generalverſammlung des Zentralverbandes der Zimmerer.

Kr. Berlin, 5. Februar.

Dritter Verhandlungstag.

Zum Bauarbeiterſchutz wurde folgende Reſolution einſtimmig angenommen:

„Die 20. Generalverſammlung erklärt ſich mit den Ausführungen des Reſerenten einverſtanden. Da jedoch die Durchführung des Bauarbeiterſchutzes letzten Endes Sache der Arbeiter ſein wird, erwartet die Generalverſammlung, daß die Reſolutionen der Bauarbeiterſchutz-Kongreſſe und -Konferenzen nach wie vor auf das nachdrücklichſte beſtellt werden. Sie erwartet weiter, daß die maßgebenden Inſtanzen, Generalkommiſſion und ſozialpolitiſche Abteilung, dieſen Beſtrebungen die weitestgehende Unterſtützung zuteil werden laſſen.“

Ueber den Punkt Beitragsleiſtung und die Unterſtützungs-Einrichtungen im Verbande referieren Römer und Ede (Hamburg). Die 20. Generalverſammlung, ſagt Römer, ſoll die Frage erörtern: Welche Mittel ſollen künftig dem Verbande zur Erfüllung der ſtatutariſchen Verpflichtungen zur Verfügung ſtehen? Der Vorſtand glaubt, durch eine Regulierung des Beitrags- und Unterſtützungsweſens geſunde finanzielle Verhältniſſe in der Hauptkaſſe zu erhalten. Ohne Extrabeiträge ſoll eine ſyſtematiſche Vermögensentwicklung erreicht werden. Es ſollen ſtatt 5 jetzt 12 Beitragsklaſſen geſchaffen werden.

Der wöchentliche Beitrag ſoll betragen:

	für die Zentralkaſſe	für die Lokalkaſſe
Lohnkl. 1 bis inkl. 35 Pfg. Stundenlohn	40 Pfg.	10 Pfg.
" 2 36 bis 40 "	45 "	10 "
" 3 41 " 45 "	50 "	15 "
" 4 46 " 50 "	55 "	15 "
" 5 51 " 55 "	60 "	20 "
" 6 56 " 60 "	65 "	20 "
" 7 61 " 65 "	70 "	25 "
" 8 66 " 70 "	75 "	25 "
" 9 71 " 75 "	80 "	30 "
" 10 76 " 80 "	85 "	30 "
" 11 81 " 85 "	90 "	35 "
" 12 über 85 "	95 "	35 "

Hierdurch werden die untern Lohnklaſſen etwas entlaſtet, dagegen die höheren Lohnklaſſen beſtaſtet. Ferner ſoll die Dauer der jährlichen Beitragszahlung von 40 auf 14 Wochen erhöht werden.

Ueber das Unterſtützungsweſen ſpricht Ede (Hamburg). Inſbeſondere wendet er ſich der Arbeiterloſenunterſtützung zu. Nach ſeiner Meinung hat dieſer Unterſtützungszweig ſeinem ſtädtiſchen Beſtehen im Verband ſeinen Zweck erfüllt; er hat manchem Kameraden über die Zeit des wiſſchaftlichen Nieſſandes hinweggeholfen. Die Arbeiterloſenunterſtützung wurde als Waſſe gegen brutale Unternehmenwillkür geſchaffen, es beſteht aber die Gefahr, daß ſie

ausreicht, die Waſſe zu ſehen, an der ſie beſtimmt wurde. Es beſteht die Gefahr, daß die Waſſe im gewerſchaftlichen Kampfe zu einer Sparte ſich ſcheidet, die die Kameraden zu beſtimmten Zeiten Beiträge einnehmen. Seit ihrer Einführung am 1. Dezember 1905 beſtand die Arbeiterloſenunterſtützung bis zum Schluſſe des Jahres 1912 eine Geſamtkaſſe von 2.888.801 Mark. Die Arbeiterloſenunterſtützung ſteht in beiden Jahren den größten Poſten im Ausgabebudget der Sparte; dieſe Ausgabe war allein ſogar größer als alle andern Ausgabe-poſten zuſammen. In der Periode 1910/11 wurden 50,90 Prozent der Geſamtkaſſe und in der Periode 1911/12 61,98 Prozent der Geſamtkaſſe für die Arbeiterloſenunterſtützung aufgewandt. Der Vorſtand ſchlägt beſchl. vor, die Bezugszeit für die Arbeiterloſenunterſtützung im weſentlichen wie folgt zu geſtalten: Die Arbeiterloſenunterſtützung ſoll in Zukunft innerhalb 58 (jetzt 52) Wochen, nachdem 44 (jetzt 40) Wochenbeiträge bezahlt ſind, auf die Dauer von 36 Tagen gewährt werden.

Schneider ſchlägt namens des Bureauſ vor, zunächſt in eine Generaldebatte über all die geſtellten Anträge einzutreten, die ſich auf folgende Punkte erſtrecken müß: Sollen die Beiträge erhöht werden und ſoll die Beitragszeit von 40 auf 44 Wochen erhöht werden? Soll die Staſſelung der Beiträge von 5 zu 5 Pfg. oder von 10 zu 10 Pfg. erfolgen? Sollen überhaupt weitere Beitragsklaſſen geſchaffen werden? Können die Arbeiterloſen und Kranken unſers Verbandes vom Beitrag befreit werden? Soll der Beitrag nach dem Stunden- oder nach dem Tagesverdienſt abgeſtuft werden? Soll ein Invalidenfonds geſchaffen werden? Soll bei einer Beitragserhöhung die Streit- und Arbeiterloſenunterſtützung gleichfalls erhöht werden? Soll eine Gewerksloſenunterſtützung geſchaffen werden?

Später ſoll eine Kommiſſion gewählt werden, die die in der Generaldebatte geäußerten Anregungen und Wüſche in annehmbarer Form zuſammenfaßt. Auf weiteren Vorſchlag einigen ſich zunächſt die Delegierten der einzelnen Orge auf einen Redner, der die Meinung des Gauſes zum Ausdruck bringen ſoll. Erſt, nachdem die einzelnen Redner zum Worte gekommen ſind, wird das Wort nach der Reihenfolge erteilt.

Die Debatte, die nach vorſtehenden Grundſätzen geführt wird, zeigt, daß mit wenig Ausnahmen alle Redner von dem Beſtreben beſeelt ſind, die Zentralkaſſe zu ſtärken, wenn ſie auch nicht in allen Diſpoſitionen mit dem Vorſtandsvorſchlag einverſtanden ſind. Weniger Freunde findet der Vorſchlag auf Erhöhung der Beitragspflicht. Auch die Regelung der Arbeiterloſenunterſtützung nach Vorſchlag des Vorſtandes ſtößt auf Widerſtand.

Die Einführung eines Invalidenfonds wird von den meiſten Rednern als zurzeit nicht diſkutabel bezeichnet. Die Beitragsbefreiung der Kranken und Arbeiterloſen wird als ſehr human bezeichnet, doch die Berechnungen ergeben, daß durch dieſe Einführung die Kaſſe zu ſehr geſchädigt würde. Die Generaldebatte wird, nachdem 19 Gauvertreter geſprochen haben, auf Donnerſtag vertagt.

## Lezte Nachrichten.

Wahlrechtsraub in Holland.

Amſterdam, 6. Februar. Die niederländiſche Regierung hat der Kammer einen Geſetzentwurf betreffend Abänderung der Verfaſſung zugehen laſſen. Der Entwurf beſteht das allgemeine Wahlrecht und führt das Wahlrecht der Väter oder Familienhäupter ein. Die Regierung ſchlägt eine Faſſung des § 80 der Verfaſſung folgenden Inhalts vor: „Die Mitglieder der Zweiten Kammer werden von den männlichen Eingeſessenen, die Niederländer ſind, das Alter von 25 Jahren erreicht haben und Haupt einer Familie ſind, oder, ohne Familienhaupt zu ſein, als wiſſchaftlich ſelbſtändige Perſonen auftreten, direkt gewählt. Das Wahlgeſetz wird die nähere Beſtimmungen bringen. Für Militärs unter dem Rang eines Offiziers wird das Wahlrecht für die Zeit ſuspendiert, wo ſie unter den Waffen ſtehen. Vom Wahlrecht ausgeſchloſſen werden die vom Gericht beurteilten Perſonen, Irriſinnige und aus der Armenklaſſe unterſtützte Perſonen.“ Das gegenwärtige Wahlrecht iſt direkt für alle 25 Jahre alten Holländer; für die Zweite Kammer ſind 100 mindeſtens 30-jährige zu wählen.

**Boſen, 6. Februar.** Von der Berger-Oberrealschule in Boſen wurden zwei polniſche Primaner, die bei der Kaiſer-Geburtstagsfeier beim Kaiſerhoch nicht aufgetreten waren relegiert. In der hieſigen Höheren Privat-Lehrerſchule wurden zwei polniſche Schülerinnen aus demſelben Grunde der Schule verwieſen.

**W. Düſſeldorf, 6. Februar.** Der dieſjährige Karneval hat hier nachträglich noch zwei ſchwere Bluttaten gezeitigt. Geſtern erſchoß ein Keller ſeine Frau wegen ehelicher Untreue. Die Frau war mit einem andern Manne nach Köln gefahren und erſt geſtern zurückgekommen. Ferner hat der Schmied Karl Schäfer ſeine Haushalterin erſchoſſen. Die Frau hatte den Wochenlohn des Schmieds während der Karnevalstage verbraucht. Der Täter wurde verhaftet.

**W. Paris, 6. Februar.** Aus Chartres wird gemeldet: Eine aus ſechs Köpfen beſtehende obdachloſe Familie von landwiſſchaftlichen Arbeitern hatte in einem Strohhäufchen Unterſtützung gefunden. In der vergangenen Nacht geriet der Strohhäufchen in Brand. Die Frau und zwei Kinder wurden als verſohlte Leichen hervorgezogen; die übrigen Perſonen erlitten lebensgefährliche Brandwunden.

**W. Paris, 6. Februar.** Nach einer Miſſionsmeldung hat die ſchweizeriſche Regierung einen franzöſiſchen Miſſionsflieger mit der Einrichtung des Flugweſens in der ſchweizeriſchen Armee beauftragt. In das dieſjährige Miſſionsbudget Chinas wurden zur Anſchaffung von 270 Flugzeugen die erforderlichen Kredite eingeteilt. Für die Jahre 1914, 1915 und 1916 wird der Ankauf von inſgeſamt 720 Flugzeugen vorgeſehen.

**W. Karlsruhe, 6. Februar.** Eine fürchtbare Exploſion hat in der königlichen Pulverfabrik von Wettern ſtatgefunden. Die Exploſion, die auf eine Entfernung von 20 Kilometer geſchick wurde, hat enormen Schaden angerichtet. Sechs Perſonen ſind getötet worden.

**London, 6. Februar.** Die Bill über die Trennung von Kirche und Staat in Wales iſt vom Unterhaus in dritter Leſung mit 347 gegen 240 Stimmen angenommen worden. Sie geht jetzt ſofort an das Oberhaus, das ſie ſicher in der nächſten Woche ablehnen wird.

**W. Karatſchi, 6. Februar.** Die alte hiſtoriſche Stadt Tatta (Bezirk Bombay) ſieht ſeit 3 Tagen in Flammen. Ganze Straßen ſind zerſtört. Um die weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern, hat die Feuerwehr viele Gebäude in die Luft geſprengt. Der Feuerherd iſt jetzt umgrünt.

**Petersburg, 6. Februar.** In ihrer geſtrigen Abendſitzung beriet die Reichsдума vier Interpellationen der Rabatten, Progreſſiſten, der Arbeiterpartei und der Sozialdemokraten über ungeſchickliche Verwaltungsmaßregeln bei den Wahlen zur Reichsдума. Die Дума lehnte die Dringlichkeit dieſer Interpellationen ab und überwieſ alle vier einer Kommiſſion.

## Wettervorherſage.

Freitag den 7. Februar: Unruhig, trüb, mild, Regen.

# Werbwoche

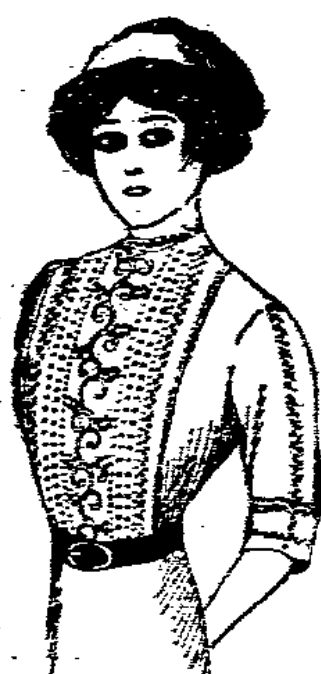
Donnerstag  
Freitag :: ::  
Sonnabend  
weitere  
Angebote  
von  
**weißen  
Waren**  
zu ganz  
außergewöhnlich  
billigen Preisen!

## Im Preise bedeutend ermäßigte Gardinen

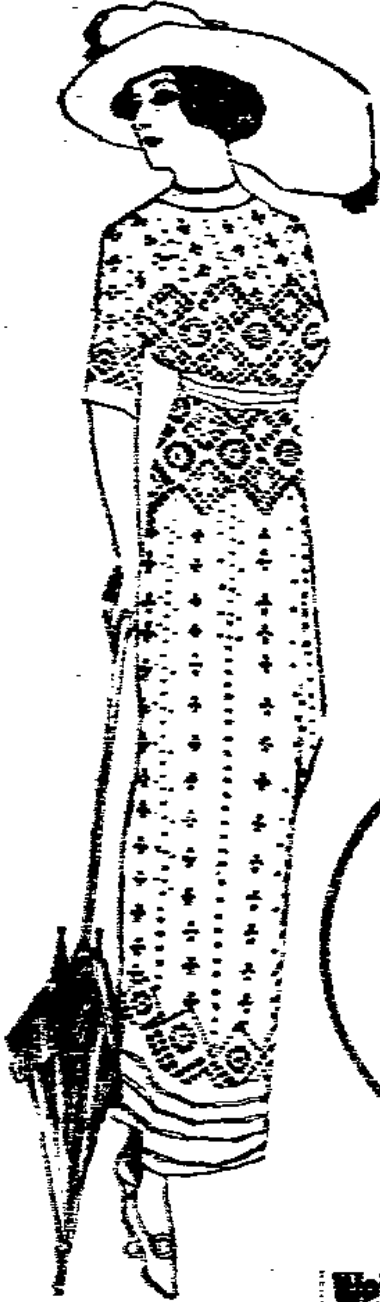
ca. 200 Fenster Gardinen abgepaßt, weiß . Wert bis 3.00 Fenster	1.85	ca. 1500 Meter weiße Gardinen Wert bis 1.20 80 55 45	30	ca. 220 Fenst. Künstler-Gardinen weiß und elfenbein, 2 Flügel, 1 Lambrequin	4.75 4	ca. 75 Stück Engl. Tüll-Stores weiß . Stück 5.50 4.75 3.50 2.25	1.50
ca. 150 Fenster Gardinen abgepaßt, weiß . Wert bis 4.75 Fenster	2.75	ca. 200 Stück Erbstüll-Brise-Bise oder oder elfenbein Wert bis 1.50 Stück	40	Ein Posten nur einzelner Brise-Bise creme und elfenbein . . . . . Stück	10	ca. 50 Stück Erbstüll-Stores Größe 180x300 . Wert bis 9.50 Stück	6.00
ca. 100 Fenster Gardinen abgepaßt, weiß . Wert bis 6.00 Fenster	4.25	Engl. Tüll-Kante Meter 75 55 40	25	Engl. Tüll-Bettdecken über 1 Bett Stück 5.50 4.75 3.50 2.25	1.75	ca. 25 Stück Erbstüll-Stores Größe 180x300 Wert bis 12.00 Stück	8.00
ca. 75 Fenster Gardinen abgepaßt, weiß . Wert bis 8.50 Fenster	5.50	Erbstüll-Kante ohne Bolant . . . . . Meter 1.10 85 60	40	Engl. Tüll-Bettdecken über 2 Betten Stück 11.50 8.75 7.50 5.75	4.50	ca. 40 Stück Erbstüll-Stores Größe 180x300 Wert bis 15.50 Stück	10.75
ca. 50 Fenster Gardinen abgepaßt, weiß . Wert bis 12.50 Fenster	7.75	Erbstüll-Kante mit Bolant . . . . . Meter 1.35 1.15 90	65	Erbstüll-Bettdecken über 2 Betten, in reicher Ausführung Stück 17.50 15.75 13.00 11.25 9.50	6.00	ca. 50 Stück Erbstüll-Stores Größe 180x300 Wert bis 22.50 Stück	14.00
Ein Posten Gardinen-Coupons weiß, ca. 9-12 Mtr. lang, bedeutend herabgesetzt		4 Posten Schweizer Lochstickereien auf Mull und Batist, 110 bis 120 cm breit Bohren 1 regulärer Wert Meter bis 3.75	2.25	Bohren 2 regulärer Wert Meter bis 4.50	2.95	Bohren 3 regulärer Wert Meter bis 5.50	3.50
Scheiben-Gardinen weiß . . . . . Meter 90 75 60 55 45 35	20	Bohren 4 regulärer Wert Meter bis 6.50	4.25	Spachtel-Vitragen weiß . . . . . Fenster 5.75 4.50 3.25 2.25	1.65	Gardinen-Mull weiß, in großer Auswahl Meter 1.90 1.35 1.20	95
Tüll-Lambrequins weiß . . . . . Stück 1.60 1.30 1.15 95	60	Ein Posten Waffel-Bettdecken weiß . . . . . Stück 6.25 4.90 3.75 bis	2.00	Allover-Net weiß und elfenbein Wert bis 2.25 Meter 1.50	1.50	1 kleiner Posten Angora-Felle weiß . . . . . Wert bis 8.00 Stück 4.50	2.50

### Damen- u. Kinder-Konfektion

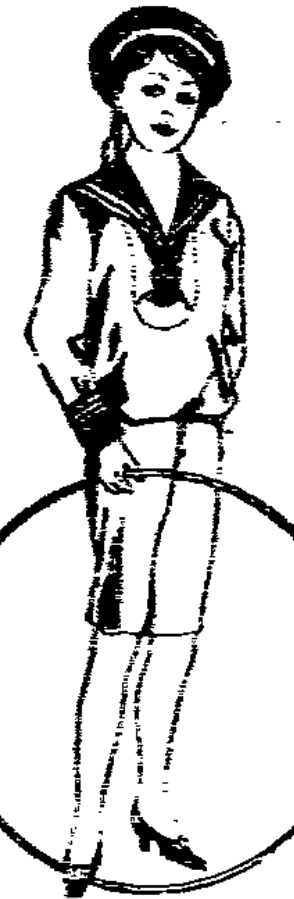
außerordentlich preiswert!




3 extra billige Serien  
**weiße Waschblusen**  
Paris, weiß Stoff . St. 1.25  
Genève, weiß Stoff . St. 1.65  
Genève, weiß Stoff . St. 2.25




3 extra billige Serien  
**weiße Tüll- und Spachtel-Blusen**  
Stück 2.95 4.95 8.75



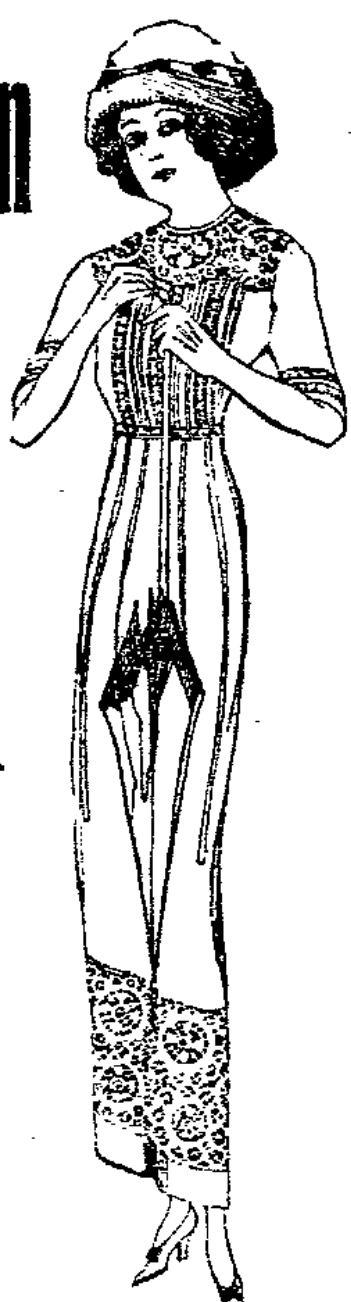
Weiße Knaben-Anzug  
Fasson Kiel  
Größe 0 Stück 3.50



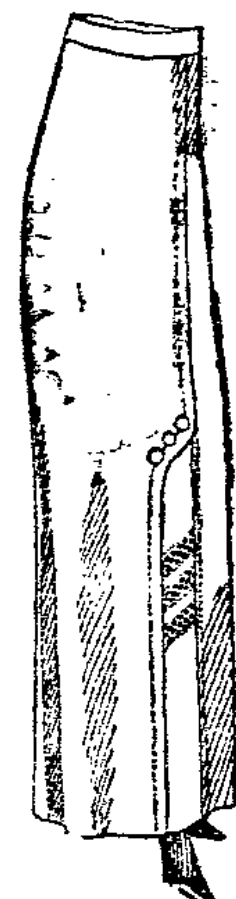
Weiße Batist-Kleid  
Mausi  
in Längen von 45 bis 100 cm  
Länge 45 cm Stück 1.90



Weiße Batist-Kleid  
Ruth  
in Längen von 45 bis 100 cm  
Länge 45 cm Stück 2.50



3 extra billige Serien  
**weiße Kostümröcke**  
Berlin, mit. Leinen St. 1.95  
Prüffel, mit. Leinen St. 3.95  
Paris, mit. Leinen St. 3.95



3 enorm billige Serien  
**weiße Kinderkleider**  
Stück 95 1.65 2.95

3 enorm billige Serien  
**weiße Russenkittel**  
Stück 95 1.35 1.95

Auf Extratischen ausgelegt: Damen-Wäsche, Herren-Artikel, Wäschestoffe, Leinenwaren, Tischwäsche, Taschentücher, Handschuhe

Ein Seidenbettzeug  
**Stickerei-Röcke**  
mit 400 eleganten, breiten  
Stickerei-Bolant  
Stück 3.90 2.75 1.95 1.50

**1.25**

# H. LUBLIN

Ein Bettzeug  
**Stickerei-Röcke**  
darunter Batist-Röcke mit bis 50 cm  
breitem Stickerei-Bolant u. Spitzen-  
Zwischenfas . . . . . Stück 6.50

**4.50**

# 1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 32.

Magdeburg, Freitag den 7. Februar 1913.

24. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

104. Sitzung.

Berlin, 5. Februar, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

### Etat des Reichsamt des Innern.

(13. Tag.)

Ministerialdirektor v. Jaque: Ich habe vor einigen Tagen in einer Antwort auf die Ausführungen des Abg. Spemann bemerkt, daß in Hamburg vor der Sechsbundgenossenschaft Vertreter der Arbeiter gehört wurden und sich mit den Vorschlägen der Sechsbundgenossenschaft einverstanden erklärt haben, unter ihnen auch Herr Paul Müller, den Sie — wobei ich eine Handbewegung nach der äußersten Linken zu machte — ja wohl anerkennen werden. Herr Paul Müller ist nämlich Vorsitzender der sozialdemokratischen Gewerkschaft. Ich muß heute richtigstellen, daß mit einer Personenbewegung untergelaufen ist, der betreffende Herr hieß Paul Hoffmann.

Die Beratung beginnt beim Kapitel Reichsversicherungsamt. Abg. Körten (Soz.): Nach § 647 der Reichsversicherungsordnung hat der Bundesrat die Ermächtigung, auch die Berufskrankheiten zu den Betriebsunfällen zu rechnen. Die Berufsgenossenschaften laufen hiergegen Sturm, indem sie meinen, für die Kranken sei genügend gesorgt. Leider sind erst jetzt die Krankentafeln beantragt, über die Gewerbekrankheiten Aufnahmen zu machen. Aber wenn auch die Berufsgenossenschaften noch nichts veranlaßt haben oder noch nichts getan haben, so ist doch durch eine Reihe von auf sozialen Gebiet verdienten Männern vieles festgestellt worden, was als Basis für ein Eingreifen des Bundesrats dienen kann. Die kleine Ortskrankenkasse der Maler mit nur 5000 Mitgliedern hat im letzten Jahre eine halbe Million für die an Bleiweißvergiftungen Erkrankten ausgeben müssen. In derartigen Fällen müßte das Reich oder der Staat eingreifen, zumal es für Bleiweiß einen sehr guten Ersatz, das Diamantweiß, gibt. Als Unfall wird nur ein plötzlich eintretender anerkannt, nicht aber ein mittelbarer, so daß ein Arbeiter einen Unfall nur sehr schwer zur Anerkennung bringen kann. Ein Holzarbeiter, der sich an einem Hobel verletzt hatte, und der Verletzung anfangs kein Gewicht beigemessen hatte, konnte, als die Sache sich verschlimmerte, dies nicht zur Anerkennung als Unfall bringen, trotzdem mehrere Ärzte und Sachverständige auf seiner Seite waren. (Hört, hört!) Vor 20 Jahren wurden auch mittelbare Unfälle noch anerkannt, sowie Unfälle auf dem Wege von und zur Arbeit. Vor 9 Jahren war der Begriff bereits sehr eingengt und auch heute kann man nicht eine bestimmte Erklärung für einen Unfall geben. Seitenbrüche sind von Unfällen ausgenommen, indem gesagt wird, die Anlage zum Bruch sei ja immer schon vorhanden. Dann schafft man die kleinen Renten für den Verlust von einzelnen Fingergliedern ab und setzt die Renten von 15 und 20 Prozent auf 10 Prozent herab. Man ging weiter und sagte: Kleine Verletzungen werden überhaupt nicht mehr mit Renten bedacht, wenn der Verletzte sich daran gewöhnt hat.

Der Präsident des Reichsversicherungsamts, Dr. Kaufmann, warnt in seinem Buche „Licht und Schatten der Unfallversicherung“ vor dem Schablonisieren. In der Praxis wird aber nur schablonisiert. Die Berufsgenossenschaften haben alle der Arbeiterkraft ungenügenden Urteile zusammenge stellt, und nach dieser Schablone wird ohne nähere Begründung die Festsetzung getroffen. (Hört, hört!) Seit dem Beitritt der Versicherung sind die Renten mehrfach heruntergesetzt, für den Verlust eines Auges zahlte man früher 40 Prozent, später 33 1/2 Prozent, und heute 25 Prozent. Ich kenne einen Senatspräsidenten, der bereits gesagt hat, mit einem Auge steht der Mann ja gerade so gut wie mit zwei Augen, der also für den Verlust eines Auges gar nichts zahlen will. Einem Arbeiter, der zwei künstliche Beine hat, wurde die Wohltat gewährt, Schreibmaschine zu lernen, und er konnte nunmehr bei seinem Wohlthäter 400 Mark jährlich verdienen. Flugs erkannte die Berufsgenossenschaft, und das Reichsversicherungsamt trat ihr bei, daß dieser Arbeiter erwerbsfähig ist. (Hört, hört!) Wenn das noch 10 Jahre mit dieser Praxis weiter geht, so wird auch ein Arbeiter ohne Arme und Füße, der durch orthopädische Behandlung so weit gebracht ist, wieder am Schraubstock zu stehen, für erwerbsfähig erklärt werden. Die Orthopädie wird dann nicht zum Segen, sondern zum Fluche.

Man hat unsere Versicherung mit einem schönen Mosaikbild versehen, man darf dem Bild aber nicht zu nahe kommen. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Man weist prunkend auf die ungeheuren Summen hin, die für Versicherungen gezahlt werden; die Berufsgenossenschaften haben in 25 Jahren 1800 Millionen aufgebracht; aber auf den Kopf der Versicherten macht das nur 3 Mark.

Wahrscheinlich liegt es bei der Invalidenversicherung, wo es 6 Mark ausmacht, bei der Krankenversicherung, wo 3900 Millionen im ganzen doch nur 12 Mark auf den Kopf der Versicherten betragen, wovon 8 Mark die Arbeiter bezahlt haben. 2 Millionen werden täglich für die Versicherung ausgegeben, 600 Millionen im Jahre. Davon zahlen 300 die Arbeiter, und von den andern 300, die die Unternehmer zahlen, erklärte hier einmal ein Großunternehmer, Herr Schmidt (Münster), es mache nicht ein Prozent der Betriebsausgaben. Die 600 Millionen Mark jährlich verteilen sich auf 24 Millionen Versicherte. Nehmen Sie die Berliner Versicherten, so sind das 2 Prozent, und da sehen Sie deutlich, daß die Berliner Armenverwaltung an ihre Armen ohne Gegenleistung schon mehr zahlt. Die Versicherung ist eben weiter nichts als eine zentralisierte Armenpflege. (Sehr richtig! h. d. Soz.) Im übrigen ist sie ein sehr gutes Geschäft; so weißt der Etat der Landesversicherungsanstalt Berlin bei 13,6 Millionen Einnahme 11,4 Millionen Ausgabe, also einen Ueberschuß von 2,2 Millionen oder rund 40 Prozent auf. Da muß ja jedem Kaufmann das Herz lachen. Man sagt, der Ueberschuß wird ja zurückgelegt, aber wer weiß, wie diese Gelder einmal verwendet werden, die Verletzten bekommen jedenfalls nichts. Früher wurde den Witwen, wenn der Mann starb, etwas herausgezahlt; das fällt nach der Reichsversicherungsordnung fort, und daran allein hat die Landesversicherungsanstalt Berlin in einem Jahre 737 000 Mark gespart, und nur 53 000 Mark sind an die Witwen und Waisen gezahlt. Man hat ihnen also das 14fache von dem genommen, was man ihnen gegeben hat. (Hört, hört!) Wir haben gar keinen Grund, uns andern Ländern gegenüber aufzuspielen. England gibt 280 Millionen Mark jährlich für seine Versicherung aus, wird also in 2 Jahren so viel bezahlt haben, wie die deutsche Regierung in 18 Jahren. England und die Schweiz haben die Berufskrankheiten in ihrer Unfallversicherung. Wir müssen darauf achten, daß wir andern Ländern gegenüber mit unserer Versicherung nicht ins Hintertreffen kommen, und ich möchte mit den Worten des Präsidenten des Reichsversicherungsamts schließen, die er freilich etwas anders gemeint hat: Man hüte sich, auf der betretenen Bahn weiter zu schreiten, denn sonst folgt dem Hoffmann, das Sie auf die Versicherung fingen, das „Kreuzige“ der Versicherten. (Lebhafter Beifall h. d. Soz.)

Abg. Weder (Arnsberg, Ztr.): Das obige Urteil des Vorredners über unse Arbeiterversicherung ist nicht berechtigt. Auch wir wünschen, daß die Unfallversicherung auf eine Reihe von Betriebskrankheiten ausgedehnt wird.

Abg. Seyd (natl.) klagt über zu harte Strafen wegen Verstoße gegen Unfallvorschriften der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Pölsing-Kassau.

Abg. Wehrens (Wirtsch. Agg.) kritisiert in einzelnen Punkten die Ausführung der Reichsversicherungsordnung. Von gemisser Seite wird auch dort, wo gar kein Bedürfnis für die Errichtung von Landkrankentafeln vorliegt, z. B. in den Großstädten der westdeutschen Industrie, für die Errichtung von Landkrankentafeln propagiert. So will der Oberbürgermeister Cuno von Pölsing dort eine Landkrankentafel errichten, obwohl der Reichstagsabgeordnete Cuno gegen die Landkrankentafeln gestimmt hat. (Hört, hört!) Bei Landarbeitern sollte man auch die Unfälle des täglichen Lebens als Betriebsunfälle auffassen und entschädigen.

Abg. Laubadel (Soz.): Wir haben schon bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung beantragt, die Berufskrankheiten als Betriebsunfälle anzusehen. Damals war gerade die Partei des Abg. Weder, der das heute befürwortet, dagegen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Sparfamkeit ist gewiß recht schön, aber nur nicht am verkehrten Ende. Im Reichsversicherungsamt spart man jetzt auf Kosten der armen Invalidenrentner. Das Reichsversicherungsamt hat an die Landesversicherungsanstalten einen Erlaß verschickt, sie möchten doch bei der Invalidenversicherung recht sparsam wirtschaften. Die Folge ist ein kolossaler Rückgang der Invalidenrenten, schon gezahlte Renten werden in der rigorosesten Weise wieder entzogen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Besonders arg ist es mit diesen Verhältnissen im Bereich der Landesversicherungsanstalt Schlesien. Die Versicherten sagen, sie müssen erst auf allen vieren kriechen, ehe sie eine Rente bekommen. (Hört, hört! h. d. Soz.) Ein Bergarbeiter in Waldenburg hat kürzlich Selbstmord verübt, weil er keine Rente bekam. (Hört, hört! h. d. Soz.) Die Einrichtung in Schlesien ist daher auch ganz allgemein. Dabei geht der alljährliche Ueberschuß der Landesversicherungsanstalt Schlesien bereits über 10 Millionen Mark hinaus, und ihr Vermögen beträgt 116 Millionen Mark. (Hört, hört! h. d. Soz.) Gewiß müssen die Landesversicherungsanstalten über ein gewisses Kapital verfügen, aber der Zweck der Invalidenversicherung ist doch nicht die Aufspeicherung großer Vermögen, vielmehr soll sie ein Schutz für die wirtschaftlich Schwachen sein. (Zustimmung h. d. Soz.) Schließlich möchte ich für die Angestellten der Berufsgenossenschaften eine Besserstellung und vor allem die Aufstellung einheitlicher Grundsätze für das Aufrechnen der Unterbeamten in die mittleren Stellungen befürworten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmann (Ztr.): Bei der Gewährung von Renten sollte man möglichst milde vorgehen, die Leute verlangen doch keine Gnade, sondern haben einen gesetzlichen Anspruch. Des weiteren klagt der Redner über zu rigoroses Vorgehen beim Fehlen von Unfallverhütungsvorschriften in landwirtschaftlichen Betrieben; hier sollten die Berufsgenossenschaften nicht mit Strafen, sondern mit aufklärenden Vorträgen vorgehen, da der Verstoß gegen die Vorschriften doch meist auf Unkenntnis beruht.

Ministerialdirektor Caspar: Ueber die Frage der Einbeziehung gewisser Berufskrankheiten in die Unfallversicherung finden im Einbernehmen mit dem preussischen Handelsminister bereits Erwägungen statt. Der Rückgang der Invalidenrenten, den der Abg. Laubadel beklagt, ist nicht aus Sparfamkeitsrück sichten erfolgt, sondern weil die Bewilligungen von Renten über Erwartung groß gewesen sind, und in vielen Fällen erfolgt waren, ohne daß eine Notwendigkeit dazu vorlag. Wenn Fingerverletzungen jetzt geringer bewertet werden als früher, so liegt das daran, daß eine bessere Erkenntnis über die Erwerbsfähigkeit bei solchen Verletzungen Platz gegriffen hat. So weittragende Schlüsse, wie der Abg. Körten, darf man daraus doch nicht ziehen.

### Abg. Silberschmidt (Soz.):

Die Zahl der Revisionen der Bauten muß als durchaus ungenügend bezeichnet werden, namentlich da auch noch ein Rückgang der Revisionen zu konstatieren ist. Die Unternehmer und ihre Organe behaupten, wir verlangen die vermehrte Kontrolle nur, um durch Baukontrollen Einfluss auf die Arbeiter zu gewinnen. Tatsächlich beweisen die Erfahrungen in Bayern mit Baukontrollen aus dem Arbeiterstand, daß die Unfallziffer dadurch sinkt. Besonders groß ist die Zunahme der Unfälle wie auch ihre absolute Zahl bei der Tiefbauberufsgenossenschaft. Freilich ist hier die Zahl der Aufsichtsbeamten sehr gering. Graf Posadowsky verlangte auf 1000 Betriebe einen Aufsichtsbeamten, in der Tiefbauberufsgenossenschaft existieren bei 21 000 Betrieben und 1/4 Million Beschäftigten im ganzen nur neun Aufsichtsbeamte. Die Zunahme der Unfälle ist daher ganz ungeheuerlich, und das Reichsversicherungsamt sollte dafür sorgen, daß die Unfallaufsicht noch verstärkt wird. Dann werden sich viele Unfälle vermeiden lassen. Selbst von Regierungsseite ist zugegeben worden, daß 89 Unfälle in der Tiefbauberufsgenossenschaft nicht vorgekommen wären, wenn eine bestimmte Säugvorrichtung vorhanden gewesen wäre. Wir stehen also keiner höheren Gewalt gegenüber. Die Technik der Unfallverhütung schreitet täglich fort, und wenn sie auch noch nicht vollkommen ist, so hat sie doch bereits einen sehr hohen Stand erreicht. Ferner sollte das Reich einen Fonds bereithalten, der Entschädigungen auswirft für Erfinder auf dem Gebiet der Unfallverhütungstechnik. Damit würde sich das Reich ein großes Verdienst um die Allgemeinheit erwerben. Besonders großen Gefahren sind die Dachdecker und Zimmerer ausgesetzt, die in schwindelnder Höhe ihre Arbeit ausführen. Die Zahl der tödlichen Abstürze ist ungeheuer groß. Auch die Maler, Bauknecht und Tischler, kurz alle Bauarbeiter kommen hier in Betracht. Das Reichsversicherungsamt sollte daher dafür sorgen, daß die Errichtung von Ständergerüsten in weitestem Maße durchgeführt wird. Die Großunternehmer freilich wollen davon nichts wissen. Aber die Kleinmeister, die selbst mitarbeiten, empfinden die Gefahren, denen sie ausgesetzt sind, mit den Arbeitern und sind mit den Arbeitern auch bereits um bessere Schutzvorschriften vorstellig geworden. Für das Baugewerbe wichtige Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung treten demnach in Kraft. Zu den Beratungen über die neuen Unfallverhütungsvorschriften hat man die Vertreter der Arbeitgeberverbände, der Innungen und einzelne Arbeitgeber als Sachleute zugezogen. Wo bleiben die Arbeiter? Wir verlangen, daß auch Vertreter der Arbeiterorganisationen, der freien und der christlichen, gehört werden. (Beif. h. d. Soz.)

Abg. Wiesberts (Ztr.) klagt darüber, daß in den Industriefabriken des Westens Landkrankentafeln errichtet werden, die doch nur für die landwirtschaftlichen Arbeiter bestimmt sein sollten, sie dürften auf keinen Fall dazu benutzt werden, um in den Städten

im Verein mit den Betriebsklassen ein Gegengewicht gegen die Ortskrankentafeln zu bilden.

Abg. Sasse (Soz.) schließt sich den Bedenken an, daß verschiedene Industriefabriken des Westens, z. B. auch Bochum, Landkrankentafeln errichten. Daß dies möglich ist, daran hat freilich das Zentrum die Schuld. (Sehr wahr! h. d. Soz.)

Ministerialdirektor Caspar weist darauf hin, daß das Reichsamt des Innern auf die Errichtung von Landkrankentafeln keinen Einfluss hat.

Die Resolution Weder (Arnsberg) wird angenommen.

Es folgt das Kanalamt. Abg. Hoff (Fortchr. Vp.) wünscht Vermehrung des Postpersonal auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal.

Abg. Waldstein (Fortchr. Vp.): Die Anstellungsverhältnisse der Posten sind im höchsten Maße reformbedürftig. Die Haftung der Posten sollte endlich aufgehoben werden.

Ministerialdirektor v. Jaque: Die Haftung der Posten können wir nicht aus der Hand geben. Wir haben aber, um die Posten nicht zu sehr zu beschweren, einen Vertrag mit einer Versicherungs-gesellschaft abgeschlossen.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Aufsichtsamt für Privatversicherung bemerkt

Abg. Laubadel (Soz.): Ein Gesekentwurf gegen die Abonnentenversicherung, den der Reichstag gewünscht hat, ist uns nicht zugegangen, sondern nur eine Denkschrift, die reiches Material über die Schäden der Abonnentenversicherung beibringt. Ich bin durch das Studium dieser Denkschrift in der Ueberzeugung bekräftigt worden, daß ein gesetzliches Einschreiten notwendig ist. Die Denkschrift kommt zu dem ganz auffallenden Schluß, daß die Abonnentenversicherung von großer wirtschaftlicher Bedeutung sei, und vielen Arbeitern und Handwerkern zum Segen gereiche. Unterlagen für diese Behauptung aber werden nicht gegeben. Würden wir feststellen können, was die Versicherten zahlen, und was ihnen bezahlt wird, so würde sich herausstellen, daß die Versicherung nur dem Geldbeutel der Verleger zu nützen gereicht. (Lebh. Zust.) Die Denkschrift unterscheidet eine sogenannte beaufsichtigte von der unbeaufsichtigten Abonnentenversicherung, und will die erstere gelten lassen. Hätte der Verfasser der Denkschrift die Arbeitersekretariate zu Rate gezogen, so hätte er erfahren, daß auch bei der sogenannten beaufsichtigten Abonnentenversicherung die Klagen genau so umfangreich und so berechtigt sind wie bei der unbeaufsichtigten. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Wir müssen auch heute noch wünschen, daß die Abonnentenversicherung überhaupt verboten wird. (Beifall h. d. Soz.)

Abg. Dr. Marcour (Ztr.) dankt der Regierung für die fleißige Denkschrift und schließt sich im übrigen der Kritik des Vorredners an.

Abg. Dr. Junck (natl.) steht der Abonnentenversicherung freudlich gegenüber. Es kam sich nur darum handeln, die un-beaufsichtigte auf das Niveau der beaufsichtigten zu heben, bei der der Verleger gewissermaßen nur der Akquisiteur für die Versicherungs-gesellschaft ist. Es ist nicht zu verstehen, weshalb die Sozialdemokratie den Minderbemittelten den Segen der Abonnentenversicherung nicht gönnen will. (Zurufe h. d. Soz.: Segen für die Verleger!) Es sollte ein Gesetz erlassen werden, das jede Abonnentenversicherung der Staatsaufsicht unterstellt.

Ministerialdirektor Caspar: Wir sehen in der Abonnentenversicherung eine wenig erfreuliche Erscheinung. Das steht in der Denkschrift ausdrücklich darin. Wenn aber, trotz der Tatsache, daß die politische Presse fortgesetzt die Verbindung von Zeitung und Versicherung bekämpft, bei uns nur so wenig Beschwerden einlaufen, so beweist das eben, daß die Versicherten selbst durchaus zufrieden sind.

Das Haus verlegt hierauf die Fortsetzung der Debatte auf Donnerstag 1 Uhr. Schluß 7 Uhr. —

## Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie. Die Vertragsverhandlungen wurden am Mittwoch unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Berlepsch im Lokal der Berliner Handwerkskammer fortgesetzt. Es waren Vertreter der Arbeiter, zum Teil auch der Unternehmer, aus folgenden Städten erschienen: Berlin, Groß-Weißensefeld, Steglitz, Bernau, Brandenburg, Eberwalde, Guben, Luckenwalde, Zittau, Potsdam, Rawabes, Spandau, Leipzig, Zeitz, Dresden, Rütten, Groß-Schönau, Hannover, Göttingen, Silberberg, Helzen, Erfurt, Harburg, Kiel, Lübeck, Lüneburg, Oldenburg und Neudenburg. Der Verhandlungstag war ausschließlich der Erörterung der Lohnfrage gewidmet. Die Lohnforderungen der Arbeiter wurden von den Vertretern der einzelnen Städte vorgetragen und begründet. In jeden dieser Vorträge knüpfte sich dann eine kürzere oder längere Diskussion. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Am Donnerstag wurden die Verhandlungen in der gleichen Weise fortgesetzt. Zu diesem Zwecke sind die Vertreter der übrigen Städte vor der Verhandlungskommission erschienen. —

Kann die Polizei das Streikpostenflehen verbieten? Der Bezirksauschuß von Arnsberg hatte die Frage zu entscheiden, ob eine Polizeibehörde berechtigt sei, durch eine Verfügung einem Staatsbürger generell das Streikpostenflehen zu verbieten und ihn im Falle der Zuwiderhandlung zu bestrafen. Obwohl diese Frage längst von den verschiedensten höchstinstanzlichen Gerichten beantwortet ist — die preussische Polizei und Justiz hilft sich bekanntlich damit, daß sie es in das subjektive Empfinden des einzelnen Polizeibeamten stellt, ob der Verstoß durch einen Streikposten gebieterisch wird oder gebietet werden könnte —, wies der Bezirksauschuß den Kläger ab. Es wurde dem Kläger bei der Urteilsverkündung gesagt, er möchte sich an das Oberverwaltungsgericht wenden. —

Ein evangelisches Vereinshaus als Herberge für Streikbrecher. Die Forme und Oieherarbeiter der Maschinenfabrik Wern in Herne (Westfalen) hatten am 15. Januar die Kündigung eingereicht, weil in Güte die Wüstung von Maschinen im Betrieb nicht zu erreichen war. Am 1. Februar war die Kündigungsfrist abgelaufen und am Montag waren bereits acht Streikbrecher in Aktion. Diese sollten anfänglich in Privatlois untergebracht werden. Sie sind jedoch schließlich in das evangelische Vereinshaus einlogiert worden. Die evangelischen Arbeiter dürfen auf diese Einquartierung stolz sein. —

Verstorbene Arbeitsangebot nach Wabern werden bald wieder in Inseraten der bürgerlichen Zeitungen erscheinen. Da ist eine frühzeitige Warnung an die Arbeiter sehr notwendig. Das Verhandlungsorgan der Tapezierer beschäftigt sich in einem Artikel seiner letzten Nummer mit den Lohn- und Arbeitsbedingungen speziell der Nord- und Ostschweizer und stellt die dortigen Lebensbedingungen in Parallele zu denen anderer Orte. Was dort gesagt ist, trifft auch fast für alle andern Arbeiterkategorien mehr oder weniger zu. In den Wabern herrscht im Gegensatz zu fast allen übrigen Orten noch völlig die Willkür des Unternehmers. So ist es vorgekommen, daß allein in Wabern auf Selt zwei

Arbeiter während einer Saison 321 Mark an Lohn eingebüßt haben. Die Arbeiter fahren im Vertrauen darauf, in diesen vornehmen Häusern guten Dienst zu finden (wie ihnen in Intelligenz und von Stellvertretern versichert wird), nach dort. Die Arbeitszeit beträgt meist 60 bis 68 Stunden wöchentlich bei einem Stundenlohn von 40 bis 50 Pfg.; selten werden höhere Löhne gezahlt. Da die Arbeiter während der Saison so viel verdienen wollen, um die übrige Zeit des Jahres davon leben zu können, sind natürlich die Preise für Kost und Logis entsprechend gepfeffert. Der Arbeiter muß 16 bis 18 Mark des Verdienstes nur für Pension ausgeben, dabei müssen die Arbeiter in Essen und Wintern haufen, weil jeder Raum an Kurgäste vermietet wird. Ein bester Arzt verschiedener Unternehmungen ist es, den fälligen Lohn nicht oder nicht in voller Höhe auszugeben. Eine Klage des Arbeiters ist meist erfolglos, er hat nur noch Mangel, Schereceien und Unkosten. Das hier Geschilderte trifft besonders für Ehl, Wortum, Norderny zu, aber auch über Warnemünde, Pyramont, Bad Harzburg sind dieselben Klagen laut geworden. Die Arbeiter werden daher zur Vorsicht gemahnt. Jeder sollte sich vorher bei seiner Gewerkschaft genau informieren und Lohn und Arbeitszeit in einem einwandfreien Arbeitskontrakt ausmachen. Der Arbeiter kommt aber auch nicht in den von ihm erwarteten Genuß des Badetrubels, denn bei der üblichen langen Arbeitszeit ist daran nicht zu denken.

**Vom Kampf der Fischdampfer-Maschinisten in den Unterwesertoren.** Acht Wochen lang wird schon der Kampf geführt, ohne daß ein Ende zu denken ist. Über 70 der Ausgesprochenen konnten anderweitig untergebracht werden. Wenn die Meeder nicht bald einlenken, werden sie von ihrem alten Maschinenpersonal niemand mehr zu sehen bekommen. Die Meeder versuchen den Ausgesprochenen obendrein ihr Fortkommen zu erschweren; sie stellen den Maschinisten folgendes Zeugnis aus: „Wir beschreiben hierdurch dem Herrn... wunschgemäß, daß derselbe vom... bis... auf unserm Dampfer... als... Maschinist bedienstet war. Wir waren sowohl mit den Leistungen sowie Führung sehr zufrieden. Die Entlassung mußte erfolgen, weil in Folge einer unannehmlichen Forderung des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer die Schiffe aufgelegt werden mußten. So ist der Entlassene gleich gekennzeichnet. Gegen diese Art von Zeugnissen sollte gerichtlicher Einspruch erhoben werden, damit den Unternehmern plausibel gemacht wird, daß Zeugnisse mit solchen Kennzeichen nicht ausgestellt werden dürfen. Welchen Einfluß der Streit auf den Fischhandel hat, geht aus folgendem Marktbericht hervor: Im Monat Januar betrug der Umsatz in der Auktionshalle nur 4 162 527 Pfund Fische im Werte von 680 056 Mark gegen 7 882 234 Pfund im Werte von 960 766 Mark im Dezember 1912 und 6 799 800 Pfund im Werte von 954 332 Mark im Januar 1912. Das wäre also in einem Monat ein Mindereintrag von rund 300 000 Mark. Zu beachten ist dabei noch, daß jetzt infolge der schlechten Einfuhr die Preise enorm hohe sind, wodurch der unbemittelten Bevölkerung ein wichtiges Lebensmittel erschwerlich verteuert wird. Nach wie vor ist jeglicher Zugang von Maschinenpersonal nach den Fischdampfern der Unterwesertore streng ferngehalten.“

### Kleine Chronik.

#### Die Alarmierung von Straßburg.

Am Mittwoch, morgens um 10 Uhr, wurde in Straßburg der Befehl ausgegeben, die Garnison zu alarmieren. Trommelwirbel hallte in allen Straßen wider. In den Kasernen herrschte ein fieberhaftes Treiben. Die Offiziere eilten in Paradeuniform zu ihren Truppen. Gleichzeitig wurde bekannt, daß von Sedan-Boden das Zeppelin-Maschinenflugzeug in aller Morgenfrühe auf dem Truppenübungsplatz Polgon gelandet war. Dann verbreitete sich die Nachricht, daß der Kaiser unweit der Stadt einen Besuch abstatten werde. Die Befehle, das Generalkommando, das Hingemesseneamt und das Polizeipräsidium trafen alle Vorbereitungen. Alle öffentlichen und viele privaten Gebäude hielten die Flaggen. Die Ankunft des Kaisers war auf die Zeit zwischen 12 und 1 Uhr angesetzt. Der kaiserliche Stab, Graf v. Sebel, und der Sohn des Kaisers, Prinz Joachim, begaben sich im Auto nach dem Truppenübungsplatz, um den Kaiser zu empfangen. Genannten waren aufgebracht. Die Zeitungen beschriebten die Nachricht durch Sonderausgaben. Der Kaiser kam aber nicht, konnte nicht kommen, da er zur Jagdabendezeit nach Königshagen gereist war. Als man endlich erkannte, daß eine Fehlführung vorlag, nahm der kommandierende General auf dem Truppenübungsplatz die Parade über die Truppen ab. Der Stabhalter wartete bis 1 1/2 Uhr, dann lehrten die Truppen wieder in die Kasernen zurück.

Die Ursache der Alarmierung war ein geächtetes Telegramm, das ein als unzurechnungsfähig aus dem Dienst entlassener Zahlmeisterhauptmann namens Keller ausgegeben hatte. Keller erzielte Mittwoch früh als Telegrammhelfer verkleidet im Generalkommando, wo er eine diktirte Depesche folgenden Inhalts abgab:

„Straßburg am 12. Februar. Bedenke mich mit Kraftwagen nach dem Polygon begeben. Die Garnison ist sofort zu alarmieren.“

Das Telegramm besaß keine Wirkung. Trotzdem Speleiden meldeten, daß der Kaiser in Königshagen eingetroffen sei, gab das Generalkommando offiziell bekannt, daß der Besuch des Kaisers um 1 Uhr zu erwarten sei, und die sofortige Alarmierung der Garnison wurde vorgenommen. Um 1/2 Uhr fanden 15 000 Mann feierlich auf dem Polygon versammelt. Als der Kaiser nicht erschien und es sich durch eine telegraphische Anfrage in Berlin um 1/2 Uhr herausstellte, daß die Nachricht gefälscht war, wurden die Truppen nach Abnahme der Parade wieder in ihre Kasernen entlassen. Der Zahlmeisterhauptmann wurde bereits verhaftet. Die ganze Angelegenheit hat in Straßburg das größte Aufsehen erregt und, wie sich denken läßt, lebhaftste Besprechung unter dem Volkstum hervorgerufen. Hier und da wurde die Alarmierung als eine Gegenmaßregel gegen die vor einigen Wochen erfolgte Probemobilisation in Frankreich bezeichnet.

#### Zwei Kinder durch Keilrostung getötet.

Die dreizehntel Jahre alten Zwillinge des in der Schützenstraße in Hamburg wohnenden Arztes Dr. Fritsch waren kurz hinterher unter Verhängnisvolligkeiten gestorben. Es wurde angenommen, daß der Tod infolge Keilrostens von Arsenit, das den Papieren entnommen, eingetreten sei. Die Obduktion der Leichen ergab jedoch hierfür keinen Anhalt. Jetzt ist festgestellt worden, daß die Kinder den Tod durch Keilrostung erlitten haben. Ein Kammerjäger hatte dieses Gift kurz vorher gelost, und es wird angenommen, daß es der Milch oder den Speisern, die man den Kindern reichte, zu nahe gekommen sei.

#### Schwerer Unfall bei einem Fußballspiel.

Bei einem Fußball-Spiel in Sandstedt ereignete sich ein schwerer Unfall. Auf dem Rasen eines Lokals wurden etwa 200 Leute und Kinder, um den Spiel zu schauen. Plötzlich wurde das Dach ein, wodurch eine Anzahl Personen schwer verletzt wurden. Man mußte ins Krankenhaus übergeführt werden.

**Auf der Flucht erschossen.**  
Der Kutschknecht vom Landgericht Köstlin im Gefängnis machte ein 23jähriger Eigenen, der wegen Diebstahls verhaftet war, einen Raubüberfall. Der ihn begleitende Landjäger rief ihn dreimal zu und feuerte ihn dann drei Schüsse nach, von denen einer den sofortigen Tod des Flüchtlings zur Folge hatte.

#### Schreckstat eines Familienvaters.

Aus Verzweiflung über seinen finanziellen Ruin hat sich der Gastwirt Franz Fuiad in Polkowitz bei Prag und seine gesamte Familie mit Gift vergiftet. Am Abend verhängten Hausbewohner die Polizei, daß kein Mitglied der Familie des Gastwirts und Hausbesizers Fuiad in Polkowitz seit dem Morgen die Wohnung verlassen habe. Da die Fenster der ebenerdigen Wohnung verbarabiert waren und auch die Wohnungstür gelockert war, drangen die Beamten gewaltam in das Haus. Den Eintretenden bot sich ein entsetzlicher Anblick. In dem an die Küche angrenzenden Zimmer lagen das Ehepaar Fuiad sowie seine fünf Kinder im Alter von 1 1/2 bis 14 Jahren tot in den Betten. Der Vater hatte während die Kinder schliefen, das Gas mittels eines Schlauches, den er durch ein Loch in der Tür steckte, in das Zimmer einströmen lassen. Sofort angestellte Wiederbelebungsversuche waren bei sämtlichen Familienmitgliedern vergeblich. Bei allen war der Tod bereits vor längerer Zeit eingetreten. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Fuiad wegen seines finanziellen Zusammenbruchs sich und seine Familie tötete.

#### Doppelmord in Paris.

Ein furchtbares Verbrechen wurde Mittwoch nachmittag in der Rue Rollet 27 entbitt. Dort wurde in seiner Wohnung der 83 Jahre alte ehemalige Bureauchef im Justizministerium Pelletier und dessen Hausdame, die 46 Jahre alte Madame Joppier, erschossen aufgefunden. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich um einen Raubmord handelt, der von der Hausdame selbst eingeleitet und ihr zum Verhängnis wurde. Der bisher unbekannte Raubmörder stürzte sich zunächst über den alten Mann und machte ihn unschädlich, um dann mit gleicher Wut über die Hausdame herzufallen und auch diese zu erschlagen. Der Mörder ging mit großer Grausamkeit vor, indem er seinen Opfern Zerschmetterungen derart in die Brust drückte, daß man sie selbst im geöffneten Munde nicht sehen konnte. Dann hand er die mit dem Tode kämpfenden an Stühlen fest und durchsuchte in aller Eile die Wohnung nach den Wertgegenständen. Der Täter hat insgesamt 4000 Franc erbeutet, bisher fehlt von ihm jede Spur.

#### Ein Kiezenbrand.

Aus Melbourne wird gemeldet, daß in der Kolonie Victoria die Prairie in Brand geraten ist und in einer Ausdehnung von mehr als 1000 Quadratkilometern in Flammen steht. Verschiedentlich hat das Feuer auf den Büsch übergriffen und diesen auf weite Strecken vernichtet. Zahlreiche Farmhäuser sind zerstört worden und viel Vieh ist verbrannt. Der Schaden ist sehr groß.

### Der Meineidsprozeß eines Fliegers.

Leipzig, 5. Februar.

Der Prozeß gegen den Flieger Eugen Wiencziers nähert sich seinem Ende. Nach Eröffnung der Sitzung am Mittwoch erwiderte sich der Angeklagte Wiencziers das Wort zu einigen Erklärungen: Ich fühle mich genötigt, einiges zu den gestrigen Aussagen der Zeugen Schmahl und Dr. Hagen zu bemerken. Hagen hat sich gestern so ausgedrückt, daß man daraus folgern könnte, ich hätte mit meiner Frau irgendetwas in inkorrekter Weise gehandelt. Das ist durchaus falsch. Ich habe meine Frau im Kreise ihrer Familie kennen gelernt und die Annäherung hat unter den Augen ihres Vaters und mehr oder weniger unter direkter Protektion ihres Vaters stattgefunden. Der Zeuge Schirmmeier hat dieses Verhältnis sehr gut charakterisiert mit den Worten: Es war die allgemeine Ansicht, daß Wiencziers' Frau kein Meyer heiraten sollte, es glaubten das alle in der Fabrik und sämtliche Flieger. Erst nachdem wir uns heimlich verlobt hatten, trat ein Umsturz in den Anschauungen meines Schwiegervaters ein. Die Gründe sind bekannt, ich will darauf nicht näher eingehen. Kommerzienrat Meyer schrieb mir dann, daß er mich erlaube, die Beziehungen zu seiner Tochter abzubrechen, er müsse sonst andre Maßnahmen treffen. Ich schrieb nun an meine damalige Braut, der Charakter ihres Vaters sei ihr ja auch genügend bekannt, um einzusehen, daß er nicht so leicht von seiner vorhergehenden Meinung gegen mich abgehen würde. Es würde jenerzeit Klänge hebrühen, wir würden jahrelang warten müssen, ich könnte ihr, da sie noch sehr jung sei, das nicht gunsten und gebe ihr mein Wort zurück. Sie solle sich prüfen, und wenn sie dann noch glaube, daß ihre Neigung keine vorübergehende sei, könnten wir uns ja später von neuem verloben. Ich allerdings fühle mich ihr gegenüber gebunden, solange sie mich nicht freigebe.

Meine Braut hat mir darauf geantwortet, daß es für sie bestimmend sei, wie ihr Vater vorgehe. Sie habe mich lieb und fühle sich verpflichtet, zu mir zu halten. Daraufhin habe auch ich mich verpflichtet gefühlt, meiner Braut zur Seite zu stehen. Daraus ist erst das Entstandene, was der Zeuge Schmahl als Ursache des ganzen Zwistes bezeichnet hat. Es folgten jetzt die Differenzen in der Fabrik, die Drehungen mit meiner Entlassung, es wurde mir der Boykott in der ganzen Branche angedroht, man wollte mich in meiner Fliegerfähigkeit unterbinden. Es wurden Forderungen gegen mich in die Wege geleitet, der Prozeß wegen Konterschulds voranzuführen, und dann kamen die Strafverfolgungen, die Übernahme der Forderungen des „Bilal“ und deren rigorose Einziehung. Wenn Schmahl hier sagte, es habe sich um einen Kampf bis aufs Messer zwischen uns gehandelt, so hat er recht. Aber ich bin bei diesem Kampfe passiv gewesen, ich habe nichts weiter getan, als zu meiner Frau zu halten. Wenn Schmahl weiter gesagt hat, daß man sich gegen mich schütten mußte, so ist das genau so, als wenn die Sage zur Frau sagt, sie müsse sie streifen, um sich vor ihr zu schützen. Ich habe weder gegen die Firma noch gegen jemand etwas unternommen. Das einzige, was ich unternommen habe, war die Klage gegen Schmahl wegen der 100 Mark. Sonst habe ich mich still verhalten und nur alle Angriffe abzuwehren gesucht.

Donnerstag sollen die Klägers beginnen. Den Geschworenen wird eine große Zahl von Schuldfragen vorgelegt werden. Die Hauptfragen hinsichtlich des Angeklagten Wiencziers betreffen Meineid bzw. Verhinderung der Flucht, betrügerischen Bankrott bzw. einseitigen Bankrott, hinsichtlich der Angeklagten Hentel wiederum falsche bzw. fahrlässige falsche Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung und Beleidigung.

### Bereins-Kalender.

- Sozialdemokratischer Verein. Bezirksleiterinnen! Donnerstag den 6. Februar, Sitzung im Parteisekretariat.
- Sozialdemokratischer Verein. Bezirk Neue Neustadt, Abteil Franz. Am Sonntag den 9. Februar, nachmittags von 5 Uhr an, bei Koppell, Fabrikstraße 5/6, Unterhaltungsabend. 281
- Gerichtsgerichtshilfsleiter. Dienstag den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Böhm, Kleine Klosterstraße 15/16.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verwaltung Magdeburg. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Branche der Schmiede im „Bürgerhaus“, Stephansbrücke 88; Bezirk Klein-Otterleben im Lokal des Herrn Schäge; Bezirk Diesdorf im Lokal des Herrn Böllge. Am Sonntag den 9. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, Branche der Heizungsmonitore im Lokal des Herrn Rollenhauer, Große Junferstraße. Montag den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Bezirk Eudenburg in der „Festher Bierhalle“. Die Verwaltung.
- Tabakarbeiter-Verband. Am Sonnabend den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Monatsversammlung bei Böhm, Kleine Klosterstraße 15/16. 159
- Schwimmverein Elbe. Jeden Donnerstag Übung 2 1/2 Stunde im Annab. Männerriege von 8 bis 9 1/2. Damenriege von 9 1/2 bis 10 1/2 Uhr.
- Eudenburg. Arb.-Sängerkor. Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Übungsstunde bei Julius Flemming (Deutscher Hof), St.-Michael-Str. 16.
- Bund der Arbeiter-Musikvereine Deutschlands, 1. Bezirk. Sonntag den 9. Februar, vormittags 11 Uhr, Bezirksversammlung bei Landgraf, Braunebergstraße 8. 163
- Arbeiter-Radsahrerband Solidarität, Ortsgruppen Magdeburg und Umgebung. Gemeindefällige Versammlung am Sonntag den 9. Februar, vormittags 10 1/2 Uhr, in Magdeburg im „Luisenpark“, Spielgartenstraße 1c. 178 Der Gauvorstand.
- Arb.-Radsahrerverein, Abt. Neue Neustadt. Am Freitag den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Koppell. 153
- Fermerleben. Schwimm- und Ruderverein. Freitag den 7. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei S. Eis. 145
- Fermerleben. Arb.-Turnverein Formarts. Sonnabend den 8. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung bei S. Eisler. 148
- Groß-Otterleben. Naturheilverein. Am Sonnabend den 8. d. M., abends 8 Uhr, Abmarsch von der Witwe Strumpf nach Eudenburg.
- Groß-Otterleben und Bennedecken. Sportkartell. Am Sonnabend abend Sitzung bei der Witwe Strumpf. 155
- Niederndelben. Arbeiter-Turnverein Freiheit. Sonnabend den 8. d. M., abends 8 1/2 Uhr, Versammlung bei Otto Köppe.
- Oberstedt. Arbeiter-Viktorenlub Elbe. Sonnabend den 8. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung bei Radorf. 151
- Burg. Arbeiter-Samariterkolonne. Donnerstag den 6. Februar, Versammlung. 148
- Halberstadt. Gewerkschaftskartell. Donnerstag abend 8 1/2 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus. 134
- Hfensburg. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 8. Februar, abends 8 Uhr, Versammlung bei Fröh Lütge. 161
- Schönebeck. Maschinisten und Heizer. Am Sonntag den 9. Februar, nachmittags 5 Uhr, Versammlung im „Wiener Restaurant“. 160
- Schönebeck. Arbeiter-Gesangverein. Freitag, 7. Februar, abends 8 Uhr, Singstunde im „Bürgerhaus“. 149

### Wasserstände.

+ bedeutet über, - unter Null.			
Fluß, Eger und Weidau.	Fuß	Stad	
Jungbunzlau . . . . . 5. Febr. + 0,06	4. Febr. + 0,16	0,10	
Saun . . . . .	+ 1,09	1,01	
Budweis . . . . .	- 0,03	0,03	
Brag . . . . . 4. . . . .	+ 0,05	—	
Haustrut und Saale.			
Straußfurt . . . . . 4. Febr. + 3,60	5. Febr. + 3,30	0,30	
Weissenfels Unt. . . . .	+ 1,88	+ 2,04	0,36
Erla . . . . .	+ 2,96	+ 3,10	0,14
Altleben . . . . .	+ 2,40	+ 2,68	0,28
Wernburg . . . . .	+ 2,02	+ 2,32	0,30
Kalbe Oberpegel . . . . .	+ 1,90	+ 2,06	0,16
Kalbe Unterpegel . . . . .	+ 1,80	+ 2,36	0,56
Gröden . . . . .	+ 1,83	+ 2,37	0,54
Milde.			
Deßau, Muldenbr.   4. Febr. + 0,76	5. Febr. + 1,46	—   0,70	
Elbe.			
Pardubitz . . . . . 5. Febr. - 0,50	4. Febr. - 0,41	—   0,09	
Brandis . . . . .	- 0,01	+ 0,10	0,11
Melitz . . . . .	- 0,30	- 0,03	0,27
Leimnitz . . . . .	+ 0,08	+ 0,75	0,67
Luisig . . . . . 4. . . . .	+ 0,23	+ 0,78	0,56
Tresden . . . . .	- 0,88	- 0,48	0,48
Zorgau . . . . .	+ 1,04	+ 1,60	0,56
Wittenberg . . . . .	+ 2,00	+ 2,35	0,35
Koblan . . . . .	+ 1,45	+ 1,74	0,29
Barby . . . . .	+ 2,03	+ 2,30	0,27
Schönebeck . . . . .	+ 1,85	—	—
Magdeburg . . . . .	+ 1,60	+ 2,03	0,43
Zangermünde . . . . . 5. . . . .	+ 2,62	+ 2,60	0,02
Wittenberge . . . . .	+ 2,30	+ 2,84	—   0,04
Tömis . . . . .	+ 1,99	+ 1,89	0,10
Boizenburg . . . . .	+ 1,36	+ 1,93	0,08
Solmsdorf . . . . .	+ 2,04	+ 2,02	0,02
Sauenburg . . . . .	+ 2,04	+ 2,02	0,02

\* Kuffig, 6. Februar. Pegelstand + 3,01 Meter. Vom Oberlauf werden 232 Zentimeter Wasser gemeldet. Magdeh. Zig.

Aus dem Geschäftsverkehr.

# Matrapas

Mein Favorit

## Sulima-Ligarette

2 1/2 - 5 Pfg

Three Shillings Hat  
Breiteweg 159  
im Strichbogen 222  
Hüte, Mützen, Krawatten  
Kammetragen, Spezialarbeiten  
Reparaturen und Waschen

## Tapeten direkt aus einer Tapeten-Fabrik

enorm billige, allerwärts gestellte Preise, in großer, moderner Auswahl

### zu Fabrik-Detail-Preisen

m 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 Pfg. pro Rolle usw., die schönsten Sachen, durch unser Geschäft.

## Gremers Tapetenhaus, G. m. b. H., Gr. Münzstr. 2

12 Detail-Geschäfte — Ringfrei — Schönebecker Tapeten-Fabrik, G. m. b. H.

Telephon Nr. 5240



# Weisse Waren

zu erstaunlich  
billigen Preisen

**Konfektionierte  
Weißwaren.**

**Jabots**

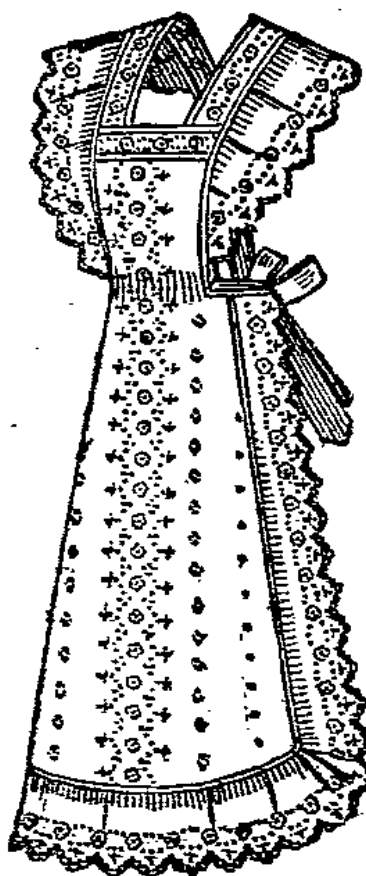
Neueste Eingänge  
entzückende Muster  
in geschmackvoller Auswahl

**28 Pf.**

33	40	53	68	85 Pf.
1.00	1.25	1.45	1.75	
1.95	2.25	bis 3.20		



**Zierschürze**  
mit Träger,  
aus Stickereistoff  
**95 Pf.**



**Zierschürze**  
Prinzeßform,  
aus Stickereistoff  
**1.15**

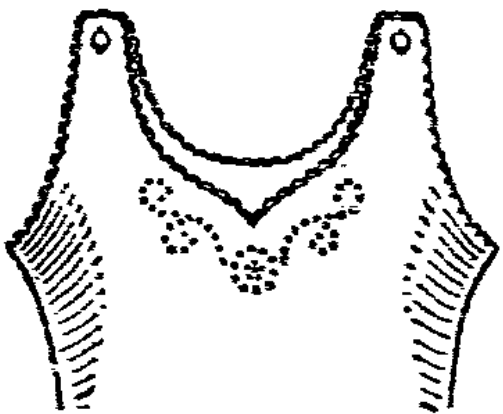
mit breiter  
Stickerei  
**68 Pf.**

mit breitem  
reichem  
Stickerei-Ein-  
und -Ansatz  
**1.25**

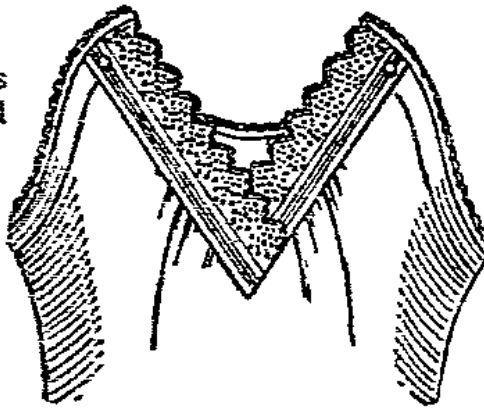
Aus meiner Wäsche-Abteilung: **Taghemden** in nur guten Qualitäten und bester Verarbeitung

**1a. Hemdentuch**  
mit Stickerei,  
zwei Fassons  
**145**

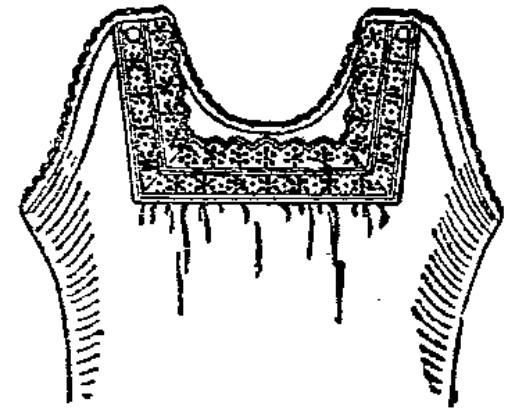
Reform-Fasson,  
im Rumpf  
gestickt,  
mit Langette  
**175**



**1a. Hemdentuch**  
verschiedene Fassons  
mit Stickerei-Ein- und  
-Ansatz  
**180**



mit  
Stickerei-Ein- und  
-Ansatz  
**180**



Worauf es ankommt!!! Nur dauerhafte, erprobte Stoffe und Stickereien!

Große Posten Taschentücher : sehr preiswert : Elegante im Karton : Weiße Linon-Taschentücher gesäumt 1/2 Dutzend 1.95 1.20 80 Pf. Weiße Taschentücher gebrauchsfertig, gewaschen 1.00  
Weiße Linon-Taschentücher gesäumt, mit eingestickt 1.60 Weiße Leinen-Taschentücher mit eingestickt, Buchstaben 1/2 Dutzend 2.50

## Siegfried Cohn Weberei-Waren Breiteweg Nr. 58-60.

**Herren-Artikel**  
besonders preiswert in reicher Auswahl 451  
Schülermützen 1.60 M.  
**Willy Kohl**  
Brüderstr. 16 Neustadt Brüderstr. 16

**Haut - Bleichereme**  
Chloroform...  
**Mundgeruch**  
Chloroform...  
S. Bredowstr. 167  
S. Bredowstr. 157  
S. Bredowstr. 15  
S. Bredowstr. 15  
S. Bredowstr. 15  
S. Bredowstr. 15

**Billige Fleisch-Offerte!**  
II. Rindfleisch zum Kochen a Pfd. 80., bei 2 Pfd. a 75.  
Schinken Pfd. 0.90-1.00; Hammelfleisch a. Kochen Pfd. 70.; 3. Schinken Pfd. 80.; Schweinefleisch (Schinken, Platten, Blatt u. Bauch) nur Pfd. 90.; Kalbfleisch Pfd. 80.; Gekochtes Pfd. 80.; Rotwurst, Leberwurst, Sülze 24 Pfd. nur 80.; - Alles nur hiesige Schlachthofware.  
**Theodor Berkholz**  
Fischlerkrugstraße 17, drittes Haus von der Jakobstraße.

**Odeon-Sprechmaschinen**  
spottbillig, Zeitabteilung gestattet  
Gut gelungene Aufnahmen von  
Autoliebenden - Arbeiter-  
Maifeier - Der liebe Augustin  
- Fräulein Schwindelmeier  
und herrliche Musikstücke  
in Odeonplatten a 2.00 M.  
Post-Platten statt 2.00 M. nur  
1.00 M. Reparatur sehr billig  
Kaufhaus Johannisberg 7c.

**Besohlanstätt**  
von A. Schwaner, 52  
König, Klein-Braunstraße 2.  
**Luisen-Bad**  
Bäder und Massagen

**Stanniol**  
Wolllampen  
Emballage  
Makulatur  
Metalle, Gummi  
Scharnstraße 3.

**Burg. 427**  
**Teilzahlung!**  
**Möbel**  
Betten, Uhren, Spiegel, Herren-  
u. Damengarderobe, Kleiderstoffe,  
Blusen, Schürzen, Gardinen usw.  
**S. Lubascher**  
Schulstraße 45  
Vertreter: G. Thill

**Schilder-Malerei**  
**Gustav Kleus**  
562 Lüneburger Straße Nr. 18  
Koch-, Ball- u. Straß-Famire  
u. Bluf., Gelfack, Höhe, Samthut,  
Zbrmit. bill. u. H. Neuerweg 18, L.

Kaufe bis Sonntag  
**Kanarienhähne**  
a 4.50 bis 6.00 M.  
- weibchen a 90 Pf.  
Buckau, Bleckenburg-  
straße 1b. K. Pries. 640



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 32.

Magdeburg, Freitag den 7. Februar 1913.

24. Jahrgang.

## Provinz und Umgegend.

### Die künstliche Düngung des Gartens.

Ein großer Prozentsatz der Gärten bleibt jahraus, jahrein ohne jede künstliche Düngung. Das ginge noch an, wenn man wenigstens Stallung anwendete. Das ist aber zumeist nicht der Fall. „Stallung kostet viel Geld, und das wirft der Garten nicht ab“ — pflegt man zu sagen, und so behilft man sich denn immer wieder mit Jauche und Fäkalien als den einzigen Düngungsmitteln. Es soll gewiß deren Wert nicht bestritten werden; aber es dürfte doch einleuchten, daß der Garten durch die fast alleinige Jauche- und Fäkaliedüngung auf die Dauer verjeht und verflüchtigt wird, daß ein Gemüse herangezogen wird, welches in bezug auf Nährwert vieles zu wünschen übrigläßt, wie es denn auch zu Konservierungszwecken größtenteils untauglich ist. Manche Klagen der Hausfrauen in betreff Verderbens der fertillisten und eingemachten Gemüse sind in der größten Mehrzahl auf ungewöhnliche Düngung zurückzuführen. Soll in diesem Punkte Wandel geschafft werden, so ist es notwendig, daß jeder Gartenbauzweiger von der künstlichen Düngung rationellen Gebrauch macht.

Zunächst einige Bemerkungen über die künstlichen Düngemittel. Von den kalihaltigen Düngesalzen kommt nur das 40prozentige Kalidüngesalz sowie der Kainit für den Gartenbau in Frage, ja man wird mit dem erstgenannten Kalisalz in den meisten Fällen auskommen können. Nur dort, wo es sich um leichte, sandigen Boden handelt, verwendet man mit Nutzen den Kainit, und zwar seiner chlorhaltigen Nebenmenge wegen. Letztere haben die Eigenschaft, den Boden bindiger zu machen, was für leichtere Böden nur erwünscht sein kann. Dagegen soll man den Kainit nicht zur Düngung der Kartoffeln verwenden, namentlich nicht im Frühjahr, weil die Kartoffeln gegen das Chlor sehr empfindlich sind. Man kann allerdings durch eine zeitige Düngung im Herbst die unangenehme Wirkung der Chlorfäule auf die Kartoffeln abschwächen; trotzdem ist zu empfehlen, das 40prozentige Kalisalz zur Kartoffeldüngung zu verwenden, und zwar stets im Frühjahr. Im übrigen merke man bei der Kalidüngung als Hauptregel: Streue die Kalisalze stets 4 Wochen vor der Aussaat aus, um Beschädigungen der Keimkraft des Samens vorzubeugen.

Die Phosphorsäure reichen wir den Pflanzen im Thomasmehl und Superphosphat, besonders das erstere erfreut sich in gärtnerischen Kreisen mit Recht einer großen Beliebtheit; es ist für alle Böden, namentlich für etwas leichtere Böden, ein sehr geeigneter Phosphordünger, der auch dazu dient, den Boden mit Phosphorsäure anzureichern. Der Gehalt an (zitronensäurelöslicher) Phosphorsäure schwankt beim Thomasmehl zwischen 10 und 20 Prozent. Es läßt sich mit den Kalisalzen gut vermischen, ohne daß Verluste zu befürchten sind.

Der teuerste aller Nährstoffe, der Stickstoff, wird entweder im schwefelsauren Ammoniak oder im Chilisalpeter gegeben. Die Wirkung des Ammoniaks ist zwar langsamer, aber nachhaltiger als die des Chilisalpeters; es wird vom Boden gut festgehalten, so daß Verluste durch Verdunstung nicht so leicht entstehen können. Aus diesem Grunde kann man das schwefelsaure Ammoniak vor der Bestellung auch in größeren Mengen anwenden. Beim Mischen mit Thomasmehl sind Stickstoffverluste nicht ausgeschlossen, weshalb es angezeigt erscheint, statt Thomasmehl das Superphosphat zum Vermischen mit dem schwefelsauren Ammoniak zu verwenden. Von der Kartoffel wird das Ammoniak am besten verwertet. — Der Chilisalpeter soll nicht auf einmal, sondern in zwei bis drei Gaben während der Vegetation der Pflanzen gegeben werden, weil bei ihm die Gefahr der Auswaschung ziemlich groß ist. Man streue ihn stets mit der nötigen Vorsicht aus, um Beschädigungen der Pflanzen zu vermeiden, natürlich als Kopfdünger. Wo man im Besitz von Jauche ist, wird man den Chilisalpeter oder das schwefelsaure Ammoniak häufiger entbehren können, obwohl die Verwendung dieser Stickstoffsalze saurer ist.

Die Kalidüngung hat bekanntlich den Hauptzweck, den Boden loder und die Nährstoffe den Pflanzen zugänglicher zu machen, wie denn der Kalk auch die Bodenjauche auf nassen Böden zu einem Teil neutralisiert, d. h. unschädlich macht. Für mittelschwere und schwere Böden verwendet man Kalk, das ist gebranntes und nachher zu Staub gelöschter Kalk, für leichtere Böden kohlen-saurer Kalk oder Kalkmergel. Das Löschen des gebrannten Kaltes wird am besten in der Weise vorgenommen, daß man Leigern auf Häufchen im Garten setzt und mit einer schwachen Erdschicht bedeckt. Die Luft- und Bodenfeuchtigkeit besorgen dann den Lösungsprozess, der auch durch Uebergießen mit wenig Wasser beschleunigt werden kann. Welchen Kalk man auch verwendet, immer hat man darauf zu achten, daß er in feinstem Pulver- bzw. pulverförmigen trockenen Zustand auf die abgetrockneten Beete bei windstiller Wetter gestreut und sofort flach untergegraben wird. Gibt man eine Stallmüddüngung, so soll diese längere Zeit nach der Kalidüngung erfolgen, weil sonst der Kalk das den Stallmist beherbergende wertvolle Ammoniak zu einem großen Teile herausreiben würde. Pro Ar = 100 Quadratmeter verarbeite man an Kalkdünger 15 bis 20 Kilogramm Kalksalz oder 20 bis 30 Kilogramm Kalkmergel.

Die Kali-, Phosphat- und ev. Stickstoffsalze werden gut untereinander vermischt und circa 4 Wochen vor der Aussaat gleichmäßig ausgestreut. Es benötigen: Kohlraben 5 bis 7 Kilogramm 40prozentiges Kalidüngesalz, 5 Kilogramm Thomasmehl und 3 Kilogramm schwefelsaures Ammoniak oder Chilisalpeter; Wurzelgewächse (Röhren, Rüben, Schwarzwurzeln, Radieschen, Rettiche usw.) 3 bis 5 Kilogramm 40prozentiges Kali, 4 Kilogramm Thomasmehl und 2 bis 3 Kilogramm Chilisalpeter; Hülsenfrüchte (Bohnen und Erbsen) 4 bis 5 Kilogramm 40prozentiges Kali und 5 Kilogramm Thomasmehl, eine Stickstoffdüngung ist überflüssig, weil die Hülsenfrüchte selbst Stickstoff sammeln; Karoffeln 3 bis 5 Kilogramm 40prozentiges Kali, 3 Kilogramm Superphosphat und 2 bis 3 Kilogramm schwefelsaures Ammoniak; Zwiebelgewächse 2 bis 3 Kilogramm 40proz. Kali und 3 Kilogramm Thomasmehl, keine Stickstoffdüngung; Gurken 4 bis 5 Kilogramm 40prozentiges Kali, 4 Kilogramm Thomasmehl und 2 Kilogramm Chilisalpeter oder schwefelsaures Ammoniak; jalousartige Gemüchse 3 Kilogramm 40prozentiges Kali, 4 Kilogramm Thomasmehl und 2 1/2 Kilogramm schwefelsaures Ammoniak.

**Althaldensleben, 6. Februar.** (Gemeindevorsteher-Sitzung.) In die Kommission zur Prüfung des Voranschlags werden gewählt die Vertreter Döhring, Meine, Ring. Die Gemeindevorstellung befaßt sich mit dem Beschlusse vom 24. Oktober 1882 und billigt in die Aufstellung des Weges im Ostergraben an den Landwirt B. Schulze. Von der Ueberlassung des in diesem Beschlusse angeführten Gartenterreins an die Gemeinde wird Abstand genommen, da dieses bereits früher für die Gemeinde aufgelassen ist. Beschlossen wird: a) den Fußweg am Adlerplatz, vom Grundstück des Bäckereimeisters Konrad bis zu der ev. Pfarre, und b) am Grundstück der Frau Reichard bis zur Röhlichen Toreinfahrt mit Bordsteinen zu versehen und mit Mosaik zu pflastern. Für den Fußweg vom Hebestreit bis zum Mühlenweg und vom Mühlenweg zum Grundstück bis zum Mühlenweg soll das erforderliche Material geliefert ev. sollen auch die Arbeitskosten übernommen

werden. Die Morgenstraße soll, soweit sie bebaut ist, an beiden Seiten mit Bordsteinen versehen, die Fußgängersteige sollen mit Bordsteine aufgefüllt und dann abgeflacht werden. Herr Schulze erklärt sich bereit, den Fußweg vom Dammühlenweg zum neuen Spielplatz auszuheben. Die Gemeinde übernimmt das Sehen der Morgenstraße und das Auffüllen mit Schladen. Die Pflasterung der Morgenstraße und Weiterführung des Fußgängersteigs vor dem Küstischen Grundstück in der Klosterstraße wird abgelehnt. Kenntnis genommen wird von einem Schreiben der kgl. Generalkommission betreffend den Vorknecht Holzweg. Dem Gesuch der Freiwilligen Feuerwehr auf Anschaffung von zwei großen Leitern wird zugestimmt. Von dem Kostenschlag über die Abänderung der Straßenbeleuchtung wird Kenntnis genommen und beschlossen, die Ueberlandzentrale Wefertingen um Entsendung eines Verwalters zu ersuchen, der mit der Beleuchtungskommission die Verhandlungen an Ort und Stelle besprechen und begutachten kann. Die Bauaufsicht für die Neubaudenkmale Straße wurde genehmigt, bis auf den Teil von der Bremer bis zum Klostergang, welcher zum Gutbezirk gehört. Die Straße am Hebestreitigen Grundstück und dem des Gemeindevorsteher soll derart abgeändert werden, daß die Fußlinie vom Röhlichen Grundstück bis etwa zur Mitte des Hebestreitigen führt. Von vorliegenden Anträgen wird Kenntnis genommen.

**Burg, 6. Februar.** (Gewerbegerichts-Beisitzerwahl.) Am Montag, vom vormittags 10 Uhr bis mittags 1 Uhr, findet die Ergänzungswahl der Gewerbegerichtsbeisitzer statt. Es sind zu wählen: Vom Baugewerbe ein Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitnehmer. Ausgestellt ist Genosse August Rejan junior. Zu dieser Gruppe gehören alle Bauarbeiter, Maurer, Zimmerer, Dachbeder, Glaser, Maler, Anstreicher, Asphaltierer, Steinleger, Erichter von Gas- und Wasseranlagen, Kalkbrenner, Tischler, Ziegelmacher, Dachpappenhersteller und Steinleger. Von der Textilindustrie ist zu wählen der Genosse Carl Dehmann. Hierzu gehören die Tuchmacher, Flanellweber, Spinner, Wollwäschereiarbeiter, Färber, Wälder, Seiler und die in Seiderei-, Häute- und Spinnfabrikation Beschäftigten. Wähler können nur die männlichen Arbeiter, welche 25 Jahre alt, seit mindestens einem Jahr im Bezirk des Gewerbegerichts beschäftigt sind oder in demselben wohnen. Formulare, welche zwecks Ausweises vom Arbeitgeber auszufüllen sind, können vom Arbeitersekretariat, Magdeburger Straße 46, und vom Genossen R. Schmidt, Kolonie 93, abgeholt werden. Die Ergänzungswahl für Genossen Wähler aus dem Holzgewerbe findet nicht vorgenommen werden, da nach dem Ortsstatut mindestens zwei Drittel der Beisitzer auscheiden müssen, um eine Neuwahl zu veranlassen. Zu der ausgegebenen Wahl aber konnte diese nicht vorgenommen werden, da Genosse Wähler sich zu spät abgemeldet hat. Eine gegnerische Liste ist nicht aufgestellt. Es ist aber bei der jetzt so äußerst wichtigen kommunalen Arbeit notwendig, die Arbeiterkraft zu zeigen, daß sie auf dem Posten ist. Es war bisher eine Ehrenfrage der Burger Arbeiter, ihre Pflicht zu tun, und so wird es auch bei dieser Wahl sein.

(Schuhmacher-Vorbewegung.) Zusammengebrängt erwarteten am Mittwochabend etwa 2200 Menschen jedes Alters und beiderlei Geschlechts das Resultat der am Tage vorher gepflogenen Verhandlungen mit den Fabrikanten. Der Verbandsvorsitzende Simon gab den Bericht. Es herrschte während der Mitteilungen eine muster-gültige Ruhe. Nur einzelne, gar zu sehr enttäuschte Gruppen warfen bei der Verteilung der sie betreffenden Positionen einmal einen Ruf der Entrüstung dar. Sie erhalten von nächster Lohnwoche ab die Lohnarbeiter aller Fabriken, welche bisher 18 Mark hatten, pro Stunde 1 1/2 Pf., über 18 Mark bis 27 Mark 2 Pf. mehr. Männliche Verheiratete erhalten von 18 bis 21 Mark Verdienst 1 Pf. Extraauszahlung. Die weiblichen unter 10 Mark Verdienst erhalten 2 Pf., über 10 Mark 1 1/2 Pf. Zulage. Im Lagerhaus bei Dack sollen die weiblichen Arbeiter für die Stunde 2 1/2 Pf. mehr, die männlichen unter 18 Mark 2 1/2 Pf., von 18 bis 23 Mark 3 Pf. mehr erhalten. Für die Verheirateten unter 18 Mark soll der Zuschuß um eine noch höhere Zulage verhandelt. Mit dem System der halbjährlichen Zulage, welche sehr oft von der Beliebtheit der Arbeiter beim Unternehmer abhing und daher zu Unzufriedenheiten führte, wird in Zukunft gebrochen. Es erhalten aber die, welche vom 1. November vergangenen Jahres an schon 1 Pf. mehr erhalten haben, diesen jetzt weniger. Was bisher zu erreichen nicht möglich war, das die Fabrikanten mit dem Vorstand auch über die Akkordlöhne verhandeln, das wurde jetzt erreicht. Und zwar werden auf fast alle Mittel, die in Akkord hergestellt werden, Zulagen gewährt. Der Vorsitzende führte dann aus, daß die Verhandlungen, zu denen von den Fabrikanten eine Schiedskommission und der Verbandssekretär von den Arbeitern der Vorsitzende des Verbandes und der Gauleiter hinzugezogen waren, etwa 6 Stunden gedauert hätten und nun endlich ein wesentlich günstigeres Ergebnis böten als bisher. Er empfahl die festgesetzten Vereinbarungen zur Annahme. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Annahme aus. Wenn gleich bei einzelnen die Enttäuschung auch hervorlief, so waren doch alle der Ansicht, daß ein friedlicher Ausgang im Interesse beider Parteien und für die gesunde Fortentwicklung des Verbandes am Orte besser sei. In keinem Schlusssatz betonte Genosse Simon, daß weder die Verhandlung noch die Mitglieder vor einem eventuellen Streite juristisch geschützt wären. Aber auf einmal sei eben nicht alles zu erreichen. Andre Orte seien zwar in ihren Löhnen den Burger Vertrieben ein Teil voraus, dort aber haben die Schuhfabrikarbeiter schon zu einer Zeit um höhere Löhne gekämpft, wo die Burger noch nichts von der Organisation wissen wollten. Mögen die Schuhmacher daran erkennen, daß nur in erster Arbeit, durch Aufklärungsarbeit in und außer den Fabriken und durch Schulung in den Versammlungen etwas erreicht werden kann. Auch müsse man dafür sorgen, daß das Angebot von gar zu billigen Arbeitskräften unterbleibe. Die Abstimmung ergab dann die Annahme der Zugeständnisse. Der moralische Erfolg dieser Bewegung ist ein sehr großer. Einer fast einstimmigen Kündigung folgte die fast einmütige Beilegung der Sache.

**Gardelegen, 6. Februar.** (Ein Verbrechen verhindert.) Zu der Schweiz wurde in der Urtschaft Bozingen ein Postkahn durch einen gewissen Otto Meyer und einige Komplizen ausgeführt. Bei der Hausdurchsuchung in der Wohnung Meyers wurden auch Briefe eines gewissen Richard Kadau, Müllergehilfe in Gardelegen, vorgefunden. Unter diesen Briefen befand sich einer, in welchem Kadau auf einen Einbruch auf der hiesigen Dampfmühle hinwies und seinem Komplizen mitteilte, daß er, Kadau, sich schon eine Browningpistole gekauft hätte. Diese Briefe wurden von dem Untersuchungsrichter in Biel in der Schweiz an die hiesige Polizeiverwaltung gesandt. Letztere entbande den Polizeiaffizienten Rothert mit zwei Polizisten in die Wohnung des Kadau. Kadau war beim Erscheinen der Polizei anwesend und wurde sofort festgenommen. Bei der vorgenommenen Vernehmung wurde ihm die Browningpistole, die geladen war, abgenommen. Damit war bestätigt, daß er sich ernstlich mit der in dem Schreiben erwähnten Absicht, einen Raub auszuführen, trug. Wie verlautet, soll Kadau in seinem Schreiben seinem Komplizen mitgeteilt haben, daß bei einem Einbruch auf der hiesigen Dampfmühle stets 6000 bis 7000 Mark zu holen sind. Meyer hat dem Kadau erst vergangene Woche aus der Schweiz 60 Frank gelandt. Dafür hat dieser den Browning sowie Munition gekauft. Es ist anzunehmen, daß wenn Meyer nicht verhaftet worden wäre, die beiden in Gardelegen

schwerlich ein Kapitalverbrechen zur Ausführung gebracht hätten. Kadau wurde am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, in das Amtsgerichtsgefängnis Gardelegen eingeliefert.

**Halberstadt, 6. Februar.** (In der Stadtverordneten-Sitzung.) wurden zunächst einige Wahlen erledigt. Einer Vorlage betreffend Bildung einer Wohlfahrtsdeputation wird dem Magistrat zugestimmt. Die schon bestehenden Fürsorgestellen sollen dadurch zu einer Zentralstelle zusammengelegt werden, damit mehr geleistet, schneller gehandelt werden kann. Für die Zukunft der Kommission sind genaue Bestimmungen zu treffen. Im nächstjährigen Etat soll eine besondere Position für dieses Amt eingelegt werden. Bei dem Neubau der Höheren Mädchenschule ist die veranschlagte Summe erheblich überschritten, nach den bisherigen Feststellungen um 60 000 Mark. Es kommen aber noch andre Forderungen hinzu, so 5000 Mark als Ersatz für die Ver-der Bauverwaltung und dem Unternehmer und 13 600 Mark für Verzinsung des Baukapitals. Die Besprechung wird bei der Abrechnung dieses Titels vorgenommen. Die Angestelltenversicherung hat eine Nachprüfung der Dienstverhältnisse der städtischen Beamten und sonstigen Angestellten veranlaßt. Es sei festzustellen, ob gewisse Klassen städtischer Angestellter durch Abänderung ihrer Anstellungsverhältnisse von der Versicherungspflicht zu befreien sind. Es kommen elf Beamte in Frage, wodurch die Stadt jährlich 1100 Mark Spart. Bei diesen und allen auf Kündigung später anzustellenden Beamten sollen die Bestimmungen mit dem Ministerialerlaß in Einklang gebracht werden, um ein für allemal die Versicherungspflicht dieser Personen zu erzielen. Es können demnach nur solche städtische Angestellte die Eigenschaft eines Beamten erhalten, die voraussichtlich dauernd im Dienste der Stadt bleiben. Die Magistratsvorlage wird dem Magistrat zugestimmt. Dem Gefäßgesellschaften sollen zur Hebung der Rindenzucht 100 Mark gemährt und 1 bis 2 Morgen Uckerland pachfrei überlassen werden. Schon im Mai vorigen Jahres hat die Stadtverordneten-Versammlung den Bau eines Sparfassengebäudes beschlossen und sich mit dem Ankauf des aussersehen Grundstückes zum Preise von 40 Mark für das Quadratmeter einverstanden erklärt. Im unteren Geschoss sollen sich die Räume der Sparfasse befinden, die oberen sollen als Wohnungen hergestellt werden. Der Bebauungsplan ist 270 Quadratmeter groß und reicht gerade zu den notwendigen Räumen. Der Hof wird fehlen. Es muß, da das vorgelegte Projekt gegen unsere Bauordnung verstößt, erst vom Bezirksausschuß die Erlaubnis zum Bau eingeholt werden. In einer früheren Stadtverordneten-Sitzung wurde der Beschluß gefaßt, in der Kaufmännischen Fortbildungsschule eine siebenstündige Unterrichtsstunde für schlecht schreibende Schüler einzuführen. Diese Neuordnung bedingt eine Aenderung des Ortsstatuts. Das Schulgeld soll für diese Stunde halbjährlich 1,50 Mk. betragen. Ferner wurde folgender Passus in das Statut eingefügt: Bei schulpflichtigen Personen, die später als 4 Wochen nach Eintritt ins Geschäft zur Schule angemeldet werden, dauert die Schulpflicht bis zum vollendeten 18. Lebensjahr. Genosse Grelach ist mit Einführung einer siebenstündigen Unterrichtsstunde einverstanden, er wünscht aber, daß die Stunden nicht abends nach 8 Uhr, sondern vormittags oder nachmittags abgehalten werden. Ein Schüler, der am Tage schon tüchtig von seiner Arbeit in Anspruch genommen wird, soll nicht um die freie Abendzeit gebracht werden. Die Vorlage steht mit einer ministeriellen Verordnung in Widerspruch. Sodann wird gesagt, daß manche Lehrerinnen die Lehrlinge zu spät anmelden und der Strafparagraf nicht genügt. Für die Unterlassung des Lehrern soll demnach der Lehrling bis zum 18. Jahre die Schule besuchen, das heißt für den Lehrern bestraf werden. Wer mit 14 Jahren die Schule verläßt, hat mit 17 Jahren ausgedient. Demnach soll ein Ausgeleiteter noch gezwungen werden, die Schule zu besuchen. Wenn die Strafe von 20 Mark nicht genügt, soll man sie auf 100 Mark erhöhen. Stadtrat Leonhardt gibt zu, daß es nicht zulässig ist, abends nach 8 Uhr noch Unterricht zu erteilen; es werde aber wohl an maßgebender Stelle nichts eingewendet werden. So wurde auch diese Vorlage genehmigt.

(Der Segen der freien Arztwahl.) kam in einer Sitzung der Krankenkassenmitglieder des Vereins deutscher Arbeiter zum Ausdruck. Trotzdem die freie Arztwahl erst 2 Jahre in der Klasse besteht, macht sich diese schon so bemerkbar, daß zur Erhöhung der Beiträge geschritten werden muß. Da die freie Arztwahl der Ruin der Krankenkassen ist, beweist der dort gegebene Geschäftsbericht. Die Einnahmen betragen 7288 Mark, die Ausgaben 7899 Mark, so daß ein Manko von 600 Mark vorhanden ist. Schon im ersten Jahre der freien Arztwahl war eine Mehrerausgabe von 300 Mark zu verzeichnen. In den 17 Jahren vor Einführung der freien Arztwahl hatte die Klasse nur einmal eine kleine Mehrerausgabe. In einer von 1893 an geführten Statistik wird nachgewiesen, in welchem Maße das Krankonorar gestiegen ist. Die Steigerung ging von 4 auf 8 Mark für die Familie, für das Einzelmitglied von 3 auf 4 Mark. Im Durchschnitt betrug das Honorar auf die Familie 5,90 Mark. Es ist gestiegen auf 7,90 und 8,55 Mark. Die Kosten für Medizin sind von 4,60 auf 7 Mark gestiegen, so daß hier die Mehrkosten allein schon 919 Mark jährlich betragen. Zum 1. April d. J. haben die Ärzte den Vertrag mit der Klasse gekündigt, erklären sich aber bereit, einen neuen Vertrag mit der Klasse einzugehen. Kurz und bündig erklären die Herren Ärzte, daß die Klasse die ihr gestellten Bedingungen erfüllen muß! Die Bedingungen sind: Der Krankenvorstand muß einer Ueberweisung an Klinik und Krankenhaus zustimmen, wenn der Arzt es anordnet. Die Klasse soll sämtliche Verpflegungskosten, Nachtmachen, überhaupt alles bezahlen. Ferner soll der Vorstand alljährlich die Mitglieder mit einem Einkommen von 2000 Mark an namhaft machen, weil diese als Privatpersonen behandelt werden sollen. Ueber dieses Ansuchen konnte in der Sitzung noch keine Entscheidung getroffen werden. Zweifelslos sind die Herren Ärzte durch das Vorgehen des Magistrats gegen die Allgemeine Ortskrankenkasse noch bestärkt worden. In dieser Klasse waren die Ärzte mit ihren Forderungen geheitert; das mußte zur Folge haben, daß sie bei den andern Klassen ebenfalls in ihren Forderungen nachlassen mußten.

**Oschersleben, 6. Februar.** (Zu einem blutigen Zwischenfall.) kam es am Mittwoch in der Schöffengerichts-Verhandlung. Der Arbeiter Joseph Koslowski war wegen Verletzung des Nachpolizei-georganten Reugebauer von hier angeklagt. Der Angeklagte war zu einem früheren Vermerk nicht erschienen und wurde diesmal zur Verhandlung vorgeführt. Während der Urteilsverhandlung schimpfte Koslowski. Der Amtsrichter Wolff beauftragte den Zeugen Nachpolizei-georgant Reugebauer, den Angeklagten während der Urteilsverhandlung aus dem Sitzungssaal zu führen. Gegen die gewaltsame Entfernung leitete Koslowski jedoch Widerstand und schlug dabei auf Reugebauer ein. Da machte Reugebauer von seiner Waffe Gebrauch und hieb auf den Angeklagten ein. Blutüberschuß brach dieser zusammen, so daß er aus dem Gerichtssaal getragen werden mußte. Das Betragen des Angeklagten ist schon zu verurteilen. Aber verwunderlich ist es doch, daß der Amtsrichter einen Zeugen mit solcher Unschönhand beauftragte. Schließlich scheint durch dieser etwas sehr plötzliche Gebrauch der Waffe nicht notwendig gewesen zu sein. Es gibt andre Mittel genug, um einen aufgeregten Mann zur Ruhe zu bringen. Der Mann hat übrigens angegeben, daß er krank sei. Die Zuhörer geizten bei diesem blutigen Ausgang in große Erregung.

**Osternien, 6. Februar.** (Gewerkschaftsstart.) Es fehlen entschuldigt ein Delegierter der Lederarbeiter, unentschuldigt je ein Zimmerer und Fleischer. Der Vorsitzende, Dr. Kunze, erstattete den Jahresbericht, der Kassierer, R. Bode, den Kassierenbericht vom 3. und 4. Quartal und den Jahresfassensbericht, wonach eine Einnahme von 189,67 Mark eine Ausgabe von 66,95 Mark zu verzeichnen war. Von Bildungsausgaben ist die hier kurzzeit gastierende Theatergesellschaft (Direktion: G. Wetze) zur Aufführung des Schauspiels „Das Schloß am Meer“ gewonnen worden. Diese Aufführung findet am 10. Fe-

bruar im „Schwarzen Adler“ statt. Da der Preis (30 Btg.) so gering ist, wird die Arbeiterchaft erlucht, recht zahlreich zu erscheinen. Auf Anregung soll in der hiesigen Herberge eine Adressentafel mit den Namen der Vertrauensmänner und Kassierer angebracht werden, auch Geschäftsbriefe sollen ausgelegt werden. Berechtigte Klage wird von den Arbeitern der Firma W. Jaurès darüber geführt, daß der Weg vom Meschendorfer bis zur Arbeitsstätte fast unpasseierbar ist und auch eine mangelhafte Beleuchtung des Abends vorhanden ist. Der Vorstand wie die Arbeitervertreter im Stadtparlament werden ersucht, bei der Behörde vorstellig zu werden, damit diese Uebelstände Beseitigung finden. In letzter Zeit ist es vielfach vorgekommen, daß die Gewerkschaftsvorstände und Vereine den vom Kartell und den Gewerkschaften angenommenen Beschluß, ihre Versammlungen jeden 2. Sonntagabend im Monat abzuhalten, nicht innegehalten haben. Es wird dringend gewünscht, um nicht andere Veranstaltungen zu beeinträchtigen, diesem Beschluß auch nachzukommen.

**Schönebeck, 6. Februar.** (Wer ist Terrorist?) Diese Frage hat in letzter Zeit, wo die Junter und Jungerenossen im Reichstag und Landtag nicht genug über den Terrorismus der Gewerkschaften schreien können, wohl jeden denkenden Menschen beschäftigt. Wer sich aber über diese Frage noch nicht im Klaren ist, dem möge folgender Fall von neuem beweisen, wo Terrorismus geübt wird: Die beiden Arbeiter F. C. und R. C. arbeiteten bis Donnerstag voriger Woche auf der hiesigen Zementfabrik von Günther in Groß-Salze an. Nachdem beide in der Fabrik von Günther in Groß-Salze an. Nachdem beide kaum drei Tage in der neuen Arbeitsstelle waren, wurde ihnen von ihrem Arbeitgeber erklärt, er müsse sie wieder entlassen. Nachträglich stellte sich heraus, daß diese beiden Arbeiter auf Veranlassung der Betriebsleitung der Zementfabrik von Günther entlassen wurden. Die Firma Günther ist nämlich Lieferant der Zementfabrik, und zwar ist die Zementfabrik ein Hauptabnehmer mit. Wie nun die Leitung der Zementfabrik erfuhr, daß diese beiden Arbeiter bei Günther beschäftigt seien, wurde sie dort vorstellig und verlangte die Entlassung. Andernfalls müsse sie ihre Fässer anderwärts bestellen. Die Folge war natürlich die Entlassung. Als dann die beiden Arbeiter zu dem Betriebsleiter der Zementfabrik gingen, um dort zu erfahren, warum sie aus der Arbeit gebracht worden seien, gab dieser den Sachverhalt unumwunden zu. Nur will er die Entlassung der beiden nicht genehmigen, sondern er habe Günther nur gesagt, solange die Arbeiter bei ihm beschäftigt seien, könne er der Zementfabrik keine Fässer mehr liefern. Die Zementfabrik könne es sich nicht gefallen lassen, daß ihre wichtigsten Arbeiter bei ihr aushörten und nach ihrem Lieferanten gingen. Ferner wurde gesagt, die beiden könnten jedoch wieder auf der Zementfabrik anfangen. Söher hinaus dürfte es wohl kaum gehen! Woher nimmt die Zementfabrik das Recht, dem Arbeiter vorzuschreiben, wo er arbeiten soll? Von den Arbeitern darauf aufmerksam gemacht, daß sie eventuell die Zementfabrik für den entstandenen Schaden haftbar machen, erklärte der Betriebsleiter: Mit rechtlichen Fragen befaße er sich nicht, das überlasse er anderen Leuten. Aus diesem Vorwurfs ist zu erkennen, wo Terrorismus getrieben wird.

**Stahlfurt, 6. Februar.** (Der Ausgang des Nichtfestes.) Am 15. Mai 1912 abends hielten die Maurer und Zimmerleute im Hotel „Astoria“ hier ein Nichtfest ab, auf dem von einigen Personen auch politische Vorträge vorgetragen wurden, was der Zimmerpolier Paul aus Günther nicht dulden wollte. Darüber kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß sich schließlich der Wirt genötigt sah, Feierabend zu rufen. Auf der Straße kam es dann zu einer Schlägerei, wobei Flaschen, ein Schmiedehammer, ein Messer und andre Werkzeuge benutzt wurden. Verletzt wurden der Polier Paul sowie die Maurer Alfred und Richard Köhling. Als Täter wurden vom Schöffengericht am 20. August der Zimmermann H. Th. zu Stahlfurt zu 2 Monaten, der Zimmermann A. Z. zu 9 Monaten, der Zimmermann G. P. zu 6 Monaten und der Arbeiter F. W. zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Die von ihnen eingelegten Berufungen wurden verworfen.

### Briefkasten.

**Zwei Streitende.** 1. Am 21. Februar 1909 wurde der Landarbeiterverband gegründet; vorher waren die Landarbeiter im Fabrikarbeiterverband organisiert. 2. Strafbar ist das nicht.

**K., Halberstadt.** Nach dem Stempel Ihrer Fahrkarte hat der Januar in Langenstein 32 Tage. Wie die Langenstein wegen ihrer Unzufriedenheiten gegen die Ordnung des Langenbergs bestraft werden, mögen wir anderen Leuten zur Entscheidung überlassen; selbst die Anklage wollen wir nicht erheben.

### Standesamtliche Nachrichten.

Magdeburg, 5. Februar.

**Aufgebote:** Maurer Richard Lude mit Alma Kappholz, Kaufmann Rud. Zimmermann mit Anna Müller. Preis-Versicherung-Sekretär Georg Berger in Salbe a. d. S. mit Margarete Dettmer hier. Korarbeiter Emil Lebrecht mit Luise Köppler geb. Hoffmeyer. Postbote Alfred Franz Georg Merz mit Anna Alma Kneusel in Pansfelde. Banbeamter Julius Dieber in Charlottenburg mit Elise Kahne. Versicherungs-Beamtin Hermann Wöhlbier mit Ina Schulz. **Eheschließung:** Arb. Friedrich Lehmann mit Helene Gieseler.

**Geburten:** Fritz, S. des Steinbrucharbeiters Peter Franzlowitz in Gommern. Elisabeth, T. des Oberbahnassistenten Adolf Kackhöfner. Erna, T. des Zigarrenarbeiters Karl Köhfeld. Fritz, S. des Lichtinhalteurs Friedrich Zeine in Burg. Anna, T. des Feinsempfunders Paul Reuter. Kurt, S. des Tischlers Walter Herper. Gerhard, S. des Kontorboten Adolf Vallerstedt. Gertrud, T. des Arb. Herm. Dannel. Gerhard, S. des Postboten Franz Wegener. Albrecht, S. des Kaufmanns Willi Vogt.

**Todesfälle:** Witwe Mathilde Holländer geb. Wohlfahrt, 79 J. 10 M. 20 T. Versicherungsbeamter Johannes Stoll, 62 J. 1 M. 25 T. Arbeiter-Invalide Ernst Klinkau, 49 J. 9 M. 3 T. Marie geb. Schlaw, Ehefrau des Lehrers Hermann Stolle, 33 J. 5 M. 4 T. Laborant Paul Schulze, 25 J. 15 T. Willi, S. des Arbeiters Andreas Lehrens, 2 J. 2 M. 5 T. Kurt, S. des Arb. Adolf Zander, 2 M. 18 T.

Sudenburg, 5. Februar.

**Aufgebote:** Eisenhändler Friedrich Koch mit Emmi Mahrenholz. Friseur Paul Behr mit Dora Meyer. Möbeltischler Emil Thieleke mit Minna Voost.

**Geburten:** Anneliese, T. des Bahnarbeiters Robert Schulz. Ruth, T. des Mechanikers Gustav Oberbach. Ella, T. des Arbeiters August Selmecke. Emil, S. des Handelsmanns Wilhelm Loehr. Friede, T. des Schlossers Franz Paluskiewicz.

**Todesfälle:** Friederike geb. Fode, Ehefrau des Aufsehers Christian Knorr, 56 J. 1 M. 12 T. Kurt, S. des Arbeiters Karl Hannemann, 2 J. 10 M. 2 T. Tischler Gottlieb Artelt, 61 J. 10 M. 1 T.

Suckan, 5. Februar.

**Aufgebote:** Pioniersergeant Wilhelm Hochgrebe mit Friede Albrecht.

**Eheschließung:** Schuhmacher Karl Schtermeyer mit Ina Köhler.

**Geburt:** Heinz, S. des Hülfsheizers Hans Ströbach.

**Todesfall:** Ernst, S. des Maschinenputzers Friedrich Brinmann, 3 M. 7 T.

Neustadt, 5. Februar.

**Aufgebote:** Kaufmann Karl Wehe mit Braxeda Rowaf. Schlosser Karl Rapp mit Erna Müller. Arbeiter Matthias Fischer mit Elisabeth Fleischer.

**Geburten:** Ilse, T. des Drehers Max Bergemann. Gustav, S. des Arbeiters Gustav Reed.

**Todesfall:** Ilse, T. des Drehers Max Bergemann, 1 J. 4 M. 19 T.

Ascherleben.

**Geburt:** S. des Arbeiters Karl Gottschall.

**Todesfall:** Ehefrau Marie Krumm geb. Lehmann, 40 J. 4 M. 19 T.

Halberstadt.

**Aufgebote:** Sattler Otto Gustav Bach hier mit Johanne Luise Marie Kehnede in Ballenstedt. Maurer Gustav Franz Frohne mit Minna Künze in Ammendorf. Kgl. Reallehrer Dr.-Ing. Theodor Maria Bette in Nürnberg mit Aloisia Dejer in München. Fleischermeister Moriz Vogel in Charlottenburg mit Helene Wagner hier. Eisenbahnarbeiter Hermann Bohmeier in Groß-Quenstedt mit Emma Minna Rosenburg hier.

**Eheschließungen:** Sergeant August Jordan mit Gertrud Brauer. Uhrmacher Kurt Köper mit Hedwig John. Bankbeamter Johannes David mit Anna Schramm.

**Geburten:** T. des Fabrikarbeiters Robert Könnede. S. des Arbeiters August Krehmann. S. des Bahnarbeiters Arthur Barth. S. des Heizers Adolf Wienecke. Zwillingstochter des Arbeiters Otto Gaebler.

**Todesfälle:** Kutscherinbalde Karl Gaus, 60 J. Witwe. Alwine Anshüh geb. Ulrich, 80 J. Margarete Jakob, 1 J. Witwe. Auguste Doller geb. Wille, 78 J. Kurt Kaufhold, 5 M. Witwe. Johanne Bartholy geb. Bormann, 86 J.

### Aus dem Geschäftsverkehr.

# VERA

## 3 Pfg-Cigarette



Josefelli

# Donnerstag Freitag Sonnabend Die drei letzten 39-Pfennig-Tage Donnerstag Freitag Sonnabend

<p><b>Rein Aluminium</b></p> <p>1 Tasse mit Untertasse . . . 39</p> <p>1 Wassermass, 1/2 Liter . . . 39</p> <p>1 Reibe, 15 cm . . . 39</p> <p>2 Eierbecher . . . 39</p> <p>1 Bratenlöffel, lang oder quer . . . 39</p> <p>1 Schaumlöffel . . . 39</p> <p>1 Handlenker, Ringelform . . . 39</p> <p>1 Tee-Gl., poliert, u. 1 Tee-Sieb . . . 39</p> <p>1 Milchtopf mit Ausguss . . . 39</p> <p>2 Kinderbecher, geblasen . . . 39</p>	<p><b>Holzwaren</b></p> <p>1 Kermelplättchen geschnitten . . . 39</p> <p>1 Nageleisenbohrer u. 1 Sch. Klammern zusammen . . . 39</p> <p>1 Nadelrolle u. zwei Holzquerte zusammen . . . 39</p> <p>1 Fleischtischler und 1 Fleischbrett . . . 39</p> <p>1 lg. Messerputzbank . . . 39</p> <p>1 Paar a. Nadelstaken . . . 39</p> <p>1 Handnagelhalter . . . 39</p> <p>2 Horn-Grünpfandbretchen . . . 39</p> <p>1 Bettdeckenhalter . . . 39</p> <p>1 Stäbchen-Korbdecke . . . 39</p> <p>1 Horn-Linienbrett . . . 39</p> <p>1 großes Kanis . . . 39</p> <p>1 großes Fleischbrett . . . 39</p> <p>12 Kleiderbügel, gem. . . 39</p> <p>6 Kleiderbügel mit Luchsch . . . 39</p> <p>6 Kleiderbügel, poliert . . . 39</p> <p>4 Kleiderbügel mit Drahtsch. . . 39</p> <p>1 Kleiderbügel, unip. u. Holzsch. . . 39</p> <p>1 Kleiderriegel mit 4 Haken . . . 39</p> <p>1 Duschleiste mit Einlege . . . 39</p>	<p>1 Kohlenlöffel . . . 39</p> <p>1 Grubelöffel . . . 39</p> <p>3 Pack Kohlenanzünder, zw. . . 39</p> <p>15 Bündel Zahnstocher . . . 39</p> <p>1 Zelluloid-Handspiegel . . . 39</p> <p>1 Toilettenseife . . . 39</p> <p>Schickendurst, 3 Stück im Karton . . . 39</p> <p>1 Photographie-Rahmen . . . 39</p> <p>1 breite Haardränge . . . 39</p> <p>1 Paar Haardränge mit einem Besatz . . . 39</p> <p>1 harter Zelluloid-Rahmen . . . 39</p> <p>1 Feinvermessener . . . 39</p> <p>1 Zimmervermessener . . . 39</p> <p>1 Babelformvermessener . . . 39</p> <p>Milch mit Rahm . . . 39</p> <p>2 Stück japanische Massage-Bälle . . . 39</p> <p>3 Stück Silber-Nägel . . . 39</p> <p>6 Pack Seifenpulver . . . 39</p>	<p><b>Blechwaren</b></p> <p>1 Zopfblechform . . . 39</p> <p>1 Topfappenebehälter . . . 39</p> <p>1 Zwiebelbehälter . . . 39</p> <p>1 Kartoffelstampfer . . . 39</p> <p>1 Briefkasten, lackiert . . . 39</p> <p>1 Kaffeebüchse und 1 Zuderbüchse . . . 39</p> <p>1 Karton, enth. 10 Stück Messerschformen . . . 39</p> <p>1 Fischform, 20 cm . . . 39</p> <p>1 Weichschmelz . . . 39</p> <p>5 St. Trichter, versch. Gr. . . 39</p> <p>1 Brotkorb, lackiert . . . 39</p> <p>3 Sort. Sandlat. Stück . . . 39</p> <p>1 Goldfärbung . . . 39</p> <p>1 Vogelbadehahn, vergl. . . 39</p> <p>1 Springform, 20 cm . . . 39</p> <p>1 Kaffeefläche mit Patentverschluss . . . 39</p> <p>1 Kuchen-Sackblech 24x39 cm . . . 39</p> <p>1 Draht-Beistellkorb . . . 39</p> <p>1 Kamakait. u. Kamm . . . 39</p>	<p><b>Porzellan</b></p> <p>2 Paar Tassen, h. Verz. . . 39</p> <p>12 Eierbecher, m. Verz. . . 39</p> <p>6 Eierbecher mit Goldband, Porzellan . . . 39</p> <p>1 Menage für Salz, Pfeffer, Mosterd . . . 39</p> <p>2 Kinderlöffelbecher, h. Verz. . . 39</p> <p>1 Mokkatasse, fein dek. . . 39</p>	<p><b>Glas</b></p> <p>1 Butterteller . . . 39</p> <p>1 Bierbecher, grav. . . 39</p> <p>3 Weingläser, glatt . . . 39</p> <p>2 Weingläser, geschliff. . . 39</p> <p>1 Wassergläser und 2 Wassergläser zus. . . 39</p> <p>1 Starzlar, m. Gl. zus. . . 39</p> <p>1 Nützglas, ca. 3 Liter . . . 39</p> <p>1 Glaschaum. Glas, gr. . . 39</p> <p>1 Weinömer, Krist. a. grün. Zus. . . 39</p> <p>12 Glaskeller gewest . . . 39</p> <p>1 Kristall-Strangewebe . . . 39</p> <p>6 Wassergläser Reitel . . . 39</p> <p>5 Wassergläser, mit Kugel und Stern . . . 39</p> <p>1 Glaskeller mit Etik. etc. geschliffen . . . 39</p> <p>1 Glas-Abjelreibe . . . 39</p> <p>1 Glas-Sitzonpreffe . . . 39</p>	<p><b>Große Emaille-Kaffeekanne</b> 39</p> <p>1 Emaille-Wasserkanne . . . 39</p> <p>1 Emaille-Waschschüssel . . . 39</p> <p>1 Emaille-Wasserkanne . . . 39</p> <p>1 Emaille-Effektträger . . . 39</p> <p>1 Emaille-Schmortöpfe 18 oder 16 cm . . . 39</p> <p>1 Emaille-Nachtgeschirre . . . 39</p> <p>1 Emaille-Teeieb mit Stiel . . . 39</p> <p>1 Emaille-Kaffeieb . . . 39</p> <p>1 Emaille-Beuchter . . . 39</p> <p>1 Emaille-Kasserolle 15 oder 16 cm . . . 39</p> <p>1 Emaille-Milchtopf Inhalt ca. 1 1/2 Liter . . . 39</p>
---	--	--	--	---	---	---

Wolf Seelenfreund

Bretteweg 66, an der Fontäne :: Jakobstr. 47  
Sudenburg: Halberstädter Straße 18a

# BRUNNEN

## Unterhaltungsbeilage zum Volksfrühling

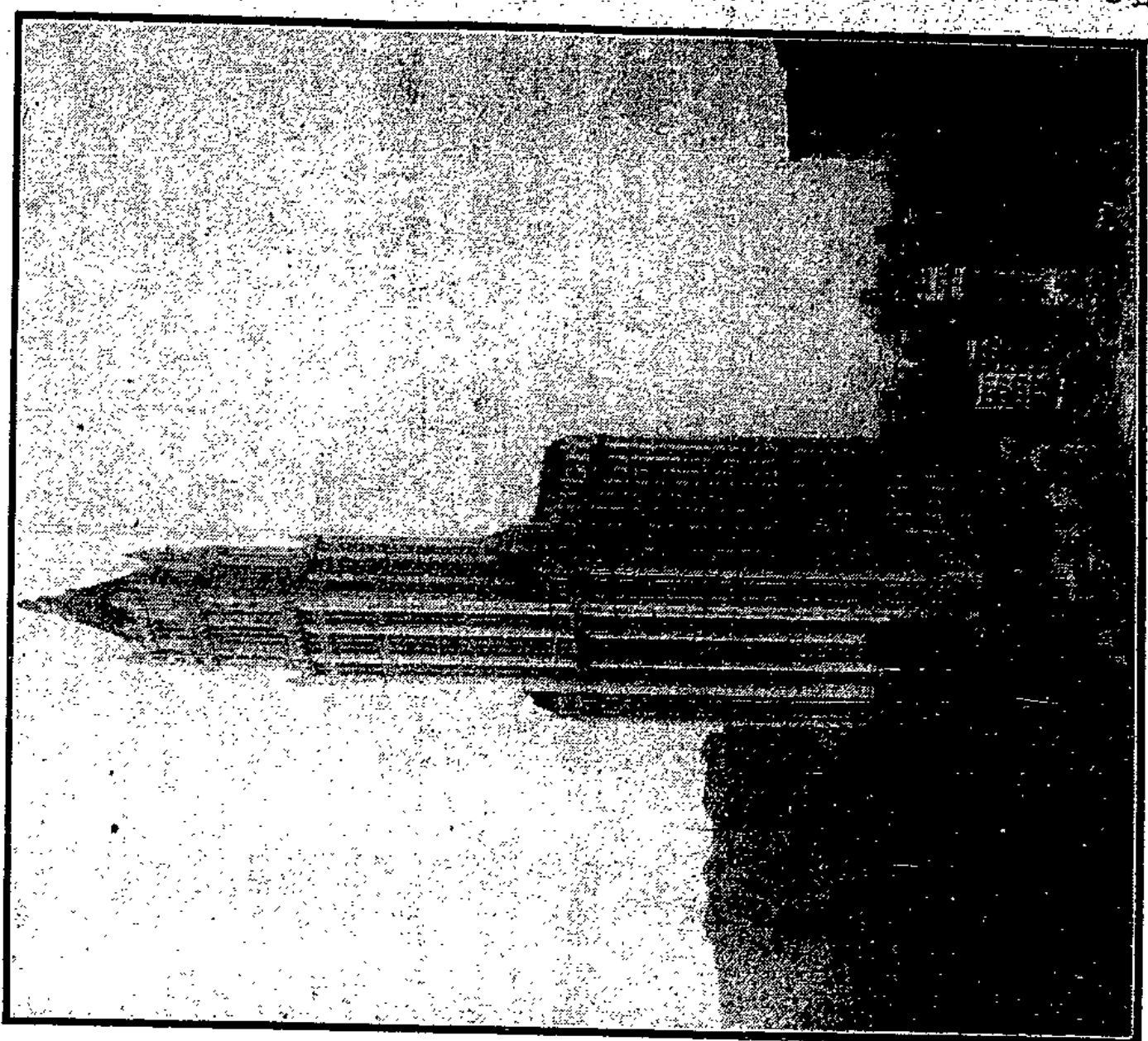
Nr. 32 Magdeburg, Freitag den 7. Februar 1913

### Die arme Sünderin.

Roman von Ernst von Wolzogen. (31. Fortsetzung.)

Unterdesseu hatte Carry Donn sich in Mäntchen mit Geschick und Anstand in ihre neuen Verhältnisse hineingefunden. In vier-  
zehn Tagen bereits hatte sie es auf der Schreibmaschine so weit gebracht, daß sie ganz gut in der Gängelei zu beruhen war. Der lebenswichtige Aufsiat hatte sie denn auch alsbald mit einem Monatsgehalt von hundert Mark angesetzt, was in Anbetracht ihrer immerhin schillerhaften und der Menge nach geringfügigen Leistungen ganz gut bezahlt war. Sie genoss außerdem den Vorzug, die meisten Abschreibereien in der Privatbankverwaltung des Aufsichtsrats anfertigen zu dürfen; denn es kostete sie einige Ueberwindung, mit diesen jungen Knabenleibern als ihresgleichen im selben Räume arbeiten zu müssen.

Der tägliche stundenlange Aufenthalt in der Wohnung Bernhards brachte es natürlich mit sich, daß sie bald als einigermassen zur Familie gehörig angesehen werden mußte. Frau Bernhardt war ein nettes altes Mäntchen, schon ein bißchen dicklich und oft geplagt von den beginnenden Leiden des Alters, geistig aber noch recht frisch und an ihren guten Tagen auch noch ganz munter auf den Weinen. Nach den Mitteilungen ihres Gatten vermochte sie der kleinen Frau ihr Mitleid nicht zu verlagern. Das hübsche, saubere, stets mit geschmackvollem Einfacheit gekleidete Mädchen war



Das höchste Gebäude der Welt. (Zeit Seite 4.)

tolletten hatte sie zurückgeholt, um für den Fall gerüstet zu sein, daß sie durch Bernhards neue Beziehungen gewinnen und zu feinem Gesellschaften eingeladen werden würde. Selbstverständlich ging sie zu jenen kleinen Einladungen sowie auch auf ihren einfachen Spaziergängen, oder wenn sie an jenen nachmittägigen in einem der Cafés der Hofgartenarkaden einkehrte, immer auf Seite gerichtet einher, sie hat eine distinkte Grazie aller Welt kundzutun: bitte, ich bin eine Dame! Sie hatte sich denn auch nicht über Mangel an Achtung zu beklagen. Die Herren in der Rangliste wollten

der Art vorzutreten, nicht anders als irgend ein Schauertrium im Wollschiff. Die Firma, die diesen Film hergestellt hat, vertritt durch ihre bisherige Tätigkeit und durch ihre guten künstlerischen Mitarbeiter, daß sie auch bei der Unterhaltung des „Käuber“-Films von den besten Möglichkeiten geleitet wurde. Trod dem werden die Szenen der „Mäntchen“ mit als eine kräftige, auf Genugthuung berechnete Handlung.

Eine aufrichtige Gefühls-Bildung. Nach amerikanischen Vorbildern wurde am 1. Weihnachtstage in allen Gefängnissen von New York unter dem Namen „The Compendium“ die erste Nummer einer Zeitung an Strafgefangene mit guter Führung zur Verteilung gebracht. Die erste Nummer umfaßte 14 Seiten Quartformat; sie war auf grünlichem Papier gedruckt und enthält viel hübsche, in schönem Stil aus der Tagespresse und Wochenblättern, ferner Mitteilungen über die Lage des Arbeitsmarktes, Nachrichten über die Ausstellungen für Stellenfuchende in den verschiedenen Ländern usw. Für die erste Nummer hatte der Strafaminister selbst einen Beitrag von fünfzig Centen mit einer kleinen Auflage und dem ausgesprochenen Zweck, sich bei deren Verteilung nach Möglichkeit angeschlossen sein zu lassen. Anders mit dieser Zeitung. Ihre Auflage ist für den Anfang bescheiden geblieben, und man muß aufrecht hoffen, daß sich die Zahl ihrer Leser im Laufe der Jahre immer mehr vergrößern wird. Viele Zeitungen brühen sich mit Abonnenten, die ihnen vom ersten Tage des Erscheinens an treu geblieben sind. Diejenigen, die für die Gründung dieses Blattes verantwortlich sind, begen den dringenden Wunsch, daß jeder seiner Leser, der ausbleibt hat, zum Empfang der Zeitung berechtigt zu sein, den bestimmten Einschluss lassen möge, in dem er wieder in den Bereich ihres Einflusses zu gelangen.

### Humor und Satire.

Wolffahrt. „Was soll die Wohnung kosten?“ fragte die Frau. „Fünfundfünfzig Dollars“, antwortete der Hausmeister. „Das heißt, wenn Sie stüber haben, kostet sie fünf Dollars mehr.“ „Und Hund?“ fragte die Frau. „Gut Hund berechnen wir nichts extra, aber sie müssen an der Leine geführt werden.“ „Ich würde mich verpflichten, Kinder an der Leine zu führen, aber ich könnte keine Hundebänder annehmen, in diesem Hause zu wohnen.“  
Mittelgeit. Auf dem Kontext der Automobilindustrie wurde mitgeteilt, daß in Deutschland 227 Köpfe der Bevölkerung auf ein Automobil kommen. Leider fehlte in der Statistik die Angabe, wieviel Köpfe der Bevölkerung jährlich unter ein Automobil kommen.  
Konsequenz. „Wir wollen die Türsteher erhalten!“ haben die Großmächte schon immer gerufen.  
„Tür“ ist ein, welches Stück inwiefern Sie zu erhalten? fragt jetzt der Friseur den Kunden.  
Anwartschaften. „Was ist die Erfolgschance meines Nechtsanwalts?“  
„Ja, wieviel denn?“  
„Ja, lesen Sie bloß diesen Posten in meiner Rechnung für Aufwachen in der Nacht und Nachdenken über ihren Fall 5 Pfund.“  
Pfarrer-Kurze. Im Wochenblatt für die katholischen Pfarrergemeinden Münchens, das die vereinigten Stadtpfarrer als Hilfsmittel für die Großstadtspfarrer gegründet haben und das unter der Redaktion des Geistlichen Rates und Stadtpfarrers Becker im Verlag des katholischen Pressevereins erscheint, las man jüngst folgende dichterische Zeilung:  
Kast mit der Zeit und Geigen,  
Das Getöse mit Liebe heigen,  
Zum Narren niemand reigen,  
Dann blühet unser Weigen,  
Auch heuer Anno dreizehn,  
Geseget mit drei Weigen.  
Als gute Mitarbeiter sollten die vereinigten Stadtpfarrer Münchens doch wissen, daß das „Licht“ und Krachten des menschlichen Geistes bloß ist von Jugend auf. Darum sollten sie in ungeschämter Selbstkenntnis das Dichten unterlassen.  
manum zum kranken Rehring, „daß ich mein Leben barfuß gewonnen habe?“  
„Nun“, sagte der Rehring, „ich bin auch nicht mit Schuhen an den Füßen geboren worden!“

### Unser Bild.

Nicht weniger als 65 Strohwerke zücht der Wolfenkrater, der nachlässig in New York der größten Stadt im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten, steht. Es ist jetzt das höchste Gebäude in der an Mammutbauten reichen Stadt, bis es von andern überglänzt wird. Die Grundbesitzer und Bauherren betragen 14 Millionen Dollar, also etwa 66 Millionen Mark. Besichtigt wird der Bau von 10 000 Menschen.  
Druck und Verlag W. Falkenbuch u. Co., verantwortlichiger Redakteur Emil Müller, sämtlich in Magdeburg.

Sobald er sich in Bewegung setzte, sang die Schar der Begleiter gleichmäßig mit glatter Stimme das Mäntchen, den Psalm Davids. Dieses Schauspiel, so berichtet Wolffart, erregte in der Stadt Schweden und Wunderung. Der Zug wurde als eine politische Demonstration gedeutet, er sollte die Mäntchen des damals bestimmten Kaufes bezeugen, ihre Unterstützung aus den Gräbern annehmen. So wurden auch die im Zuge gelungener Weise des Todes erlöset ihr uns, verflüchtigt, wie wir auch im Geist schon seien, uns, die Lebend wie auch glücken, Wertet gleich ihr im Vergessen.

### Von Land und Leuten.

Schwarze Eiferer gegen eine uralte Volkssitte. Im ultramontanen „Vandenberg Tagblatt“ schimpft ein schwarzer Eiferer über die sogenannten „Mödenhüben“ und „Stichtüben“, die im obern Frankenthal, insbesondere im Mite Teufels, noch üblich sind. Es sind das hässliche Gefährnisse der Dorfwohner, wobei neben jungen Durstigen der Dorfwohner, heiratete Männer und Mädchen auch ältere, verheiratete dort zweierlei noch alle Kostgänger gelungen. Die Mödenhüben und Frauen striden über ihnen (das Spinnrad ist zum meist verflüchtigt). Man erzählt sich Geschichten, macht irgendwelche heftigen Spiel, ab und zu wird auch einmal nach den Weisen einer Hebräerinnin gelangt. Der finstere Eiferer, der an dieser abneigt schon im Vordringen Volkssitte knospielt, fordert nun in dem Vandenberger Zentrumspapier alle Vorkämpfer auf, diese Mödenhüben, in denen „Sitte und Sittlichkeit“ begründet seien, zu verbieten. Treffend schreibt dazu der dem Pfarrer Grandinger nachsichtige Korrespondent „Vergnügen“: „Es ist eine ganz gemeine und verlogene Behauptung, zu sagen, daß es im obern Frankenthal an Sitte und Sittlichkeit mangelte. Man merkt sehr wohl, wo es hinaus will; die Mäntchen und Mäntchen sind ein bißchen konfessionslos zu den christlichen Mäntchen und Jungfrauenvereinen. Doch in allem soll alles, was lang ist und noch leben hat. Um den Pfaffen herum soll alles geklopft, fest sich so ein schwarzer Grünschnabel hin und her leumdel in offener Zeitung ganz ebare Ländliche und brave Waldwohner, die nach harter Tagesarbeit am Abend einer kaufmännischen Sitte nachgehen; in die Mäntchen- oder Spinnrad. Zum Laufel noch einmal! Darin sich denn die Leute nur mehr mit kaplanokratischer Gewandnis freuen? Das wäre doch zu dummi! Dem Verstand des obern Frankenthal was ein kräftiges Aktion Zeufler!“ Diese berbe Wstufte einer schwarzen Denunziations und Beschimpfung der Landbevölkerung ist nicht unberechtigt. Der Kampf gegen die Volkssitte der Spinnhüben durch die schwarzen Eiferer ist beschränkt sich aber nicht auf den Frankenthal, er wird auch in der Oberpfalz und im Böhmerwald eifrig betrieben. Auch dort ist der Zweck kein anderer, als die Weihen der christlichen Vereine zu flürzen und geflügelte Zentrumswähler heranzuzüchten.

### Kunst und Literatur.

Die Pläne der Frankfurter Stadttheater — des Opernhauses und des Schauspielhauses — werden für das abgelaufene Jahr ein Defizit von über 476 000 Mark aufweisen, trotzdem sich die Gemeinnahmen auf nahezu 1 740 000 Mark belaufen. Die Stadt hat sich verpflichtet, für das abgelaufene und das neue Jahr das Defizit zu decken, fernerein haben sich Theaterfreunde bereit erklärt, einen Garantiefonds von 210 000 Mark zu setzen. Gemäß einem Beschluß der städtischen Behörden werden die Sommerferien von 4 auf 5 Wochen verlängert.  
Verkränktetes Theater in Berlin. Die Direktion Raffi, die in den letzten Monaten die Kurpfenoper und das Theater Groß-Redin umfasste, ist zusammengebrochen. Mehrere hundert Personen werden davon betroffen, da die beiden Theater außer einem großen Solistenspark auch noch einen Chor, aber Duzehner sowie ein ausreichendes technisches Personal umfassen. Man will bersuchen, die Theater vorläufig für Rechnung der Mitglieder weiter zu führen. Bei dem Welter der Theaterabteilung des Reichstagspräsidiams findet heute eine Konferenz statt, in der einigüchtig über die Zukunft der Unternehmen Beschluß gefaßt werden soll. Es ist beachtlich, aus dem Munde der eingesetzten Saution und dem Kantienfonds die für Januar fälligen Gagen zu bezahlen.  
Schiffers „Mäntchen“ in Kino. Eine Berliner Kinematographen-Firma hat unlängst beschlossen, eine Reihe klassischer Dramen für Kinematographische Zwecke zu bearbeiten. Das erste Drama dieser Serie war eine Bearbeitung von Schillers „Mäntchen“. Dieser Film ist nunmehr von der Münchner Volkstheater erworben worden. Es hat sich die Aufgabe herausgestellt, daß die Handlung der „Mäntchen“ ohne das gewöhnliche Wort völlig ihren künstlerischen und literarischen Wert verliert. Schiffers „Mäntchen“ wirken in der Kinematographie nicht nur nach dem Urteil der Zensur, sondern auch nach

